

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitstage 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Büchtlisches Aufstehen.

„Wenn Du des Morgens nicht gerne aufstehen magst, so denk: ich erwache, um als Mensch zu wirken.“ (Macc Aurel.)

Es gibt wenige Menschen, die nicht schon bei Tagesbeginn einen schweren Kampf zwischen Geist und Fleisch auszufechten haben. Noch geringer ist die Zahl derer, die in diesem Kampfe siegen. Nächtlüche Ruhe nach angestrengter Tagesarbeit steht jedem Menschen zu. Doch jedes Jubel an Minuten und Viertelstunden kommt nicht auf die Rechnung wohlverdienten Schlafes, sondern auf das Konto der Bequemlichkeit. Die meisten empfinden nicht einmal die Eutwöhnung, die darin liegt, daß sich der Geist mit dem sinnlichen Ich in einen träumerhaften Kleinhandel einläßt. Sie lassen sich am frühen Morgen die kostbare Gelegenheit entziehen, zu zeigen, wer stärker ist: der Geist oder das Fleisch.

Gewiß bedarf es beim Erwachen eines starken Willensantriebes, das noch schlürige Ich zum Bewußtsein seiner Kraft und seiner Tagespflicht zu bringen. Da der Geist einen zwingenden Einfluß auf den Körper ausüben kann, ist es ratam, schon abends vor dem Einschlafen den bestimmten Vorjab zu fassen, sich sofort nach dem Erwachen zu erheben. Die Ausführung dieses Vorsatzes soll ein unumstößliches Prinzip werden; zuerst gibt dieser erste Sieg als Morgengabe der Seele ein freudiges Stärkegefühl; oft bedeutet er sogar die Herrschaft über die ganze Tagesarbeit; denn dem ersten energischen Willensakt folgt meist ein zweiter und ein dritter. Dann fällt es dem Willen nicht mehr schwer, den Körper wie ein gefügiges Werkzeug bei der gesamten Tagesarbeit zu benutzen.

Man darf nicht vergessen, daß der Mensch nicht geschaffen ist zur Ruhe, sondern zum Wirken, und bei dem stüchtigen Laufe der Zeit und der kurzen Lebensdauer ist jede Minute des wachen bewußten Lebens bedeutungsvoll. Wer zum Meister wird über die ersten Augenblicke des Morgens, der gewinnt auch die Kraft, Tage und Leben zu meistern.

### Verbandstollegen!

Die Pflicht ruft uns alle an die Werbearbeit für unsere Sache. Im ganzen Verbandsgebiet muß die gegenwärtige günstige Situation ausgenutzt werden. In den kommenden Wochen ist auf der ganzen Linie mit einer systematischen Agitation einzusetzen.

In den größeren Orten von Rheinland und Westfalen werden an den nächsten Sonntagen große öffentliche Metallarbeiterversammlungen abgehalten. Diese Veranstaltungen sollen sein: Der Auftakt zu einer systematischen Werbearbeit der christl. Metallarbeiter von Rheinland-Westfalen! Kollegen, Vertrauensmänner, Ortsvorstände, sorgt für eine planmäßige Verbreitung der Einladungen, die Euch von den Bezirksleitungen rechtzeitig zugestellt werden; sorgt für Massenbesuch der Versammlungen! An die Arbeit! Es ruft die Pflicht!

### Frühlingsarbeit.

Gebrochen ist des Winters Macht und ein hoffnungsfrohes Raunen geht durch die Natur. Des Menschen Brust weitet sich und atmet mit Hochgenuß die kräftige Luft, die Mutter Natur so überreichlich spendet. Könnte man sie doch festhalten und in die dumpfen Arbeitsräume leiten. Leider, Wollen und Können war und bleibt immer zweierlei. Doch der Frühling ist nicht die Zeit der Erholung, sondern kräftige Arbeit ist jetzt zu leisten. Überall regen sich die fleißigen Hände; denn: „Wer jetzt spazieren geht und nicht arbeitet, kann nachher im Winter hungern oder betteln.“

Auch für uns Gewerkschaftler gilt diese Binsenwahrheit. Vorüber sind in den Gruppen die Jahresversammlungen, wo die Kollegen rückwärtsblickend vorwärts schauten. Ob das überall mit dem nötigen Ernst geschehen ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Mir scheint fast, es wäre nicht so. Gewiß, oft freute ich mich der schönen Erfolge, die so manche Gruppe in unserem Blatt aus dem vergangenen Jahre berichtete. Manche gab aber auch nicht einen Ton von sich. Haben sich bei diesen vielleicht die 365 Tage einer nach dem andern wunschlos glücklich abgepielt, so wie der Film im Kintopp? Ich glaub's nicht. Der Grund der Schweigensart scheint ein anderer zu sein. Schon vor einigen Jahren fragte ich einen Kollegen, der alt und grau geworden in unseren Reihen, woran diese Zurückhaltung liege. Auf meine ziemlich ungeduldige Frage erhielt ich die verblüffend einfache Antwort: „Weißt du, die Brüder, die gar nichts von sich hören lassen, schämen sich, weil sie mit ihrem Talent nicht gearbeitet haben. Sie denken: Schweigen ist Gold“; doch sie irren, die schweigsamen Gruppen. Wenn sie ihr angeblühtes

Gold näher betrachten, dann ist's Schaumgold — Rirneßware — womit keine Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden können.“ Und der alte Freund hatte Recht.

Im Frühling ist die Zeit der Saat. Die Gruppen, welche im vergangenen Jahr nicht geerntet, d. h. den Verband am Orte nicht voranbrachten, haben im vorigen Frühjahr sicherlich nicht gesät. So stark kann ein Unwetter gar nicht sein, daß nichts neues eingebracht wird. Selbst Wolkenbruch und Hagelschauer lassen immer noch etwas stehen. Warum soll das im Verbands anders sein. Wenn wir wollen, können wir immer ernten. Organisieren wir darum unser Wollen, teilen wir es richtig ein, so wie wir unsere Arbeit einteilen; dann sind Erfolge zu erzielen und reich an Früchten kehren wir im Herbst wieder. Es scheint fast, als sei manchem Metallarbeiter durch die Mechanisierung des Arbeitsprozesses die Kunst des Einteilens abhanden gekommen. Auch ist nicht zu verkennen, daß in manchen Gruppen längst nicht mehr der alte Eifer herrscht, sondern daß die Kollegen, welche ehedem Pionierarbeit leisteten, heute außerordentlich „pomadig“ geworden sind. Das ganz allein erklärt es, warum manche Gruppe in den letzten beiden Jahren nicht vorangekommen ist, während der Verband so schöne Fortschritte machte.

Die Gewerkschaftsbewegung ist eine Massenbewegung, die ganzen Berufsgruppen sind an ihrem Ziel interessiert. Deswegen wollen wir auch alle BerufsKolleginnen und Kollegen, die mit uns einer Weltanschauung sind, unseren Banner zuführen. Von selbst kommen die wenigsten zum Verband; die natürliche Trägheit und eine Anzahl sonstiger Symptomen sind die Hindernisse. Diesen Widerstand haben wir zu überwinden. Weil nun aber die Masse — und wäre es eine Million — aus lauter Einzelpersonen besteht, muß jeder Berufsangehörige einzeln zur Organisation gebracht und von ihrer Notwendigkeit überzeugt werden. Die Massen, die in großen Danken gewonnen wurden, sind in den wenigsten Fällen innerlich von den gewerkschaftlichen Idealen durchdrungen; es sind Eintagsfliegen und schwankende Rohre. Eßt und kernig werden gewöhnlich die Kollegen, welche in harten Einzelkämpfen gewonnen wurden. Werden diese Einzelkämpfer zu einem Massenheere vereinigt, sind sie eine Elitetruppe, auf die man sich verlassen kann. Sie marschieren im gleichen Schritt und Tritt, in Regen und Sonnenschein dem Ziel entgegen. Ein solches Heer müssen wir haben. Darum sollte jede Gruppe ihr ganzes Streben darauf richten, als tüchtiges Fähnlein in diesem Heere zu marschieren. Das ist möglich; noch ist mehr wie eine Million unserer Metallarbeiter und Arbeiterinnen nicht organisiert. Eins der zuverlässigsten Mittel, sie zu gewinnen, ist die Hausagitation.

„Hausagitation“, denkt mancher Kollege, der diese Zeilen liest, „das kennen wir; alte Leier; haben wir gemacht! Damit ist die Welt auch nicht einzuzerren! Komm mal zu uns, du schlauer Schreiber, dein blaues Wunder würdest du erleben — aber Massen dadurch gewinnen, gibts nicht. Also nenne uns ein anderes Mittel sonst ist's Eßig mit unserer Frühlingsarbeit.“

So und ähnlich wird man mir antworten. Trotzdem bleib ich dabei, die Hausagitation ist das Zaubermittel und werde das auch beweisen, nicht nur theoretisch, sondern an Hand praktischer Belege. Doch für heute erst eine Vorfrage: Sag mal, lieber Freund, der du so von oben herab die Nase rümpfst über meinen Vorschlag, was hat denn deine Gruppe und du selbst bis jetzt praktisch in der Hausagitation geleistet? Aber ganz ehrenhaft sein in der Antwort, nichts verschweigen, nichts hinzusetzen, nichts beschönigen und entschuldigen, sondern harte Tatsachen ohne jedes Drum und Dran. Also setze die Zahlen deiner Gruppe hinter die folgenden Fragen:

1. Wieviel Metallarbeiter sind im Gebiet deiner Verwaltungsstelle beschäftigt?
2. Wieviel sind davon organisiert und in welchem Verband?
3. Wieviel Metallarbeiter arbeiten in jedem Betrieb und in welchen Verbänden sind sie organisiert? (Die Namen der Werke und Verbände sind einzeln aufzuführen mit den entsprechenden Zahlen.)
4. Wieviel nichtorganisierte Kollegen arbeiten in jedem Werk deiner Verwaltungsstelle?
5. Wieviel Namen mit genauer Wohnungsangabe von unorganisierten Metallarbeitern hat deine Gruppe zwecks Bearbeitung durch Hausagitation vorrätig?
6. Wieviel Kollegen aus deiner Gruppe haben im Jahre 1911 Hausagitation betrieben? an welchen Tagen? wieviel Unorganisierte wurden besucht? und wieviel wurden aufgenommen? welche Nichtorganisierten wurden mehr wie einmal, und wie oft, besucht?

Nun, lieber Freund, merkst du jetzt was Hausagitation ist? Habt ihr so gearbeitet, oder seid ihr planlos

draußlos gelaufen Sonntagsmorgens zwischen Frühstück und Mittagessen? Vielleicht gar der eine Weihnachten, der zweite Ostern und der dritte Pfingsten, und habt dann zum Schluß recht kräftig auf den Unverstand der Massen geschimpft? Gib mal Rechenschaft und tue Buße, d. h. mache es besser als bisher. Diese Dinge sollten sich alle Gruppen- und Sektionsvorstände in dieser Woche durch den Kopf gehen lassen und feststellen, wo es fehlt, um unverzüglich zu bessern. Wo es noch nicht geschehen, ist ein festes Programm auszuarbeiten, um spätestens am Sonntag, den 24. März eine allgemeine Hausagitation vornehmen zu können. Das wird uns ein Stück voranbringen.

Wir wollen arbeiten, nicht promentieren, darum sind die gemachten Vorschläge eingehend durchzuarbeiten und in die Tat umzusetzen. In der nächsten Nummer soll dann gezeigt werden, wie in einer Verwaltungsstelle die denkbar ungünstigste Betriebsabteilung eines großen Werkes durch zähe Arbeit für unsern Verband gewonnen wurde.

Zuerst jetzt das Notwendige getan, das weitere ergibt sich dann von selbst. Welche Gruppe meldet die ersten Erfolge von der Hausagitation des Frühlings 1912?

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

Unser Wirtschaftsleben bot im letzten Monat dem oberflächlichen Beschauer durchaus den Eindruck der Hochkonjunktur, ein Eindruck, der durch die plötzliche Aufwärtsbewegung im Textilgewerbe noch verstärkt wurde. Die Nachrichten aus unserer Industrie lauten — wie wir nachher noch sehen werden — nicht wesentlich anders, wie wir sie das vorige Mal zeichneten. Das ist nicht zu verwundern, daß sich hier und da ein wenig Optimismus zeigt. Bei dem, was eine Hochkonjunktur schafft, spielt das psychologische Moment eine große Rolle. Die Zuversicht des wirtschaftlichen Gelingens ist allgemein — ein geringer Anlaß kann genügen, um sie hervorzurufen. Stimmungen und allgemeine Eindrücke sind es nicht in letzter Linie, die eine Hochkonjunktur mit ihrer Unternehmungslust und ihrer Spekulation erzeugen. Das gleiche gilt natürlich auch für das Gegenteil. Der Börse hat sich augenblicklich eine etwas pessimistische Stimmung bemächtigt, die allerdings eines realen Hintergrundes nicht entbehrt. An der Börse fangen diese Stimmungen an und verbreiten sich von da aus an Unternehmer, an Produzenten und Konsumenten. Daß die Börse nicht mehr so zuberächtlich ist wie noch vor vier Wochen, beweist die Tatsache des allgemeinen Rückgangs der Wertpapiere, von denen auch die Aktien unserer Industrie erfaßt wurden. Der Durchschnittskurs an der Berliner Börse für dividendenbringende Papiere betrug Ende Dezember 1911 162,83%, er ist Ende Januar auf 161,60% gesunken. Noch härter ist der Rückgang in unserer Industrie — der Kurs sank von 206,03 am 31. Dezember 1911 auf 202,42 am 31. Januar 1912 und das, obgleich in der Industrie selbst, auf den ersten Blick wenigstens, keine nennenswerten Veränderungen vor sich gegangen sind.

Unsere Volkswirtschaft wird stark beunruhigt durch den beim Schreiben dieser Zeilen noch durchaus unsicheren Ausgang der Lohnbewegung der englischen Kohlenarbeiter. Die englische Kohle spielt heute schon in unserer Industrie keine geringe Rolle. Man kann es daher begreifen, wenn die interessierten Kreise mit Spannung nach England blicken. Da neben wirken die Vorgänge im Ruhrrevier ebenfalls nicht im Sinne einer Beruhigung. Bereits ist ja hier das Wort Sympathiestreik gefallen — mag es aufrichtig gemeint sein oder nicht, es tut seine Wirkung. Zumal man weiß, daß es den sozialistischen Kreisen ein Bedürfnis ist, die Massen zu beunruhigen, um ihre Absichten verwirklichen zu können. Für die deutsche Montanindustrie wäre ein englischer Streik unter Umständen nicht ohne Vorteil. Das Kohlen Syndikat hat bereits geäußert, daß es nicht daran denke, beim Ausbruch des Streiks Kohlen nach England zu liefern, da der heimische Markt so starke Ansprüche stelle, daß es mit besserer Befriedigung vollauf zu tun habe. Das Syndikat werde im Falle eines englischen Streikes die Gelegenheit benutzen, die englische Kohle zu verdrängen. Ob ihm das auf die Dauer bei seiner rigorosen Preispolitik gelingen wird, lassen wir dahingestellt. Die mit der Sanktion des preussischen Reichs durchgeführte enorme Preiserhöhung des Kohlen Syndikates war übrigens — um das hier anzuführen — Gegenstand der Erörterung im Reichstag. Ein Zentrum Abgeordneter drang darauf, daß das Reich nun endlich einmal klare Stellung nehme zu den Kartellen und verlange ein Kartellgesetz. Amerika hat auf der ganzen Linie den Kampf gegen die monopolistischen Tendenzen der Trusts aufgenommen — ob mit Erfolg ist bei der dortigen Entwicklung höchst zweifelhaft. Die deutsche Regierung ist bisher vor der Schwierigkeit der Aufgabe zurückgeschreckt und die Kartelle konnten ungehindert — wenn nötig ließ ihnen sogar der oberste Gerichtshof seine Hilfe — sich eine Monopolstellung schaffen, die jede unerwünschte Konkurrenz unmöglich macht. Kartelle können segensreich wirken für die gesamte Volkswirtschaft wie für die Arbeiter — sie können aber auch zu einer schweren Weisel für ein ganzes Volk werden, unter der jeder Konsument also auch der Arbeiter zu leiden hat. Wir wiederholen immer wieder was wir schon oft gesagt haben, der Staat hat die

Wichtig, hier regulierend einzugreifen, wenn anders er nicht den Vorwurf auf sich laden will, die Interessen der Mehrzahl seiner Bevölkerung vernachlässigt zu haben.

Ein weiteres Moment, das zur Beunruhigung wesentlich beiträgt, ist eine Erscheinung, die im Jahre 1907 die schwerste wirtschaftliche Depression hervorgerufen hat — die Ueberspannung des Kredits. Wir leben ja im Zeitalter der Kreditwirtschaft und es wird keinem vernünftigen Menschen einfallen, den Kredit zu verurteilen — wenn das Kapital vorhanden ist, das ihn sichert. Unsere Banken haben es verstanden, die volkswirtschaftlich unnütigen Gelder zu sammeln. Werden diese der Industrie und der Spekulation in übermäßigiger Weise zur Verfügung gestellt, so entsteht die doppelte Gefahr der Gründung unsolider Unternehmungen und der Unmöglichkeit der Bank, ihre Verpflichtungen zur rechten Zeit einzulösen, was von den schlimmsten Folgen sein kann. Auch in der Industrie selbst wird der Kredit in übermäßiger Weise in Anspruch genommen. Bekannt sind ja die Verhältnisse in der Maschinenindustrie, die darunter sehr zu leiden hat. Die übermäßige Anspannung des Kredits äußert sich hier in den Zahlungsbedingungen, welche die Abnehmer für sich verlangen. Jahrelange Zahlungsfristen sind durchaus nichts seltenes. Das ist ein ungesunder Zustand, der in Zeiten des Niedergangs auch gut fundierte Werke in große Schwierigkeiten bringen kann. Der Reichsbankpräsident hat nun die Frage zur Diskussion gestellt, wie dem Uebelstand abgeholfen sei. Sicherlich hat die Reichsbank einen großen Einfluß, weil zu gewissen Zeiten die anderen Großbanken ihres Kredits selbst nicht entbehren können. Es wäre für unsere Volkswirtschaft von gewaltigem Vorteil, wenn der übermäßigen Kreditgewährung, welche wirtschaftliche Krisen außerordentlich begünstigt, gesteuert werden könnte.

Der auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung stehende Arbeiter vereinigt in sich zwei Interessen, das Produzenten- und das Konsumenteninteresse. Das erstere verlangt einen günstigen Stand der Industrie, weil der Arbeiter nur dann zu befriedigenden Lohnverhältnissen kommen kann, das letztere billige Lebensmittel. Wir haben an dieser Stelle schon öfters von der Teuerung gesprochen und ihre Ursachen untersucht. Nunmehr beschäftigt ein Angelegenheit die Deffektivität, welche auf die Preisgestaltung eines wichtigen Lebensmittels — des Zuckers — nicht ohne Einfluß ist. Die Brüsseler Zuckerkonvention wurde seiner Zeit gegründet, um den Ausfuhrprämien auf Zucker, welche die verschiedensten Staaten eingeführt hatten, ein Ende zu machen. Da der einzelne Staat hier nicht vorgehen konnte, ohne die Interessen seiner Zuckerindustrie aufs schwerste zu schädigen, andernfalls aber die Abschaffung der Prämien im Interesse aller Staaten gelegen war, kam eine internationale Verständigung zustande. (1902 nach langjährigen Verhandlungen!) Die Zuckerkonvention regelte in der Folge noch verschiedene Fragen, so vor allem auch — um die eigene Industrie eines Landes zu schützen — die Höhe der gestatteten Einfuhr aus einem andern Zuckerproduzierenden Lande. Rußland hat das Recht erhalten, jährlich 200 000 To. Zucker nach Deutschland auszuführen. Die russische Zuckerindustrie hat nun einen gewaltigen Aufschwung genommen. Deshalb und weil in Deutschland unbestreitbar ein Mangel an Zucker herrscht (oder doch wenigstens die Preise in dieser Richtung getrieben werden), gestattete die in diesem Jahre zusammengetretene Konvention eine Mehreinfuhr russischen Zuckers von 250 000 To. Während man darüber einig war, daß 150 000 To. im Laufe dieses Jahres eingeführt werden dürften, konnte man sich bis jetzt über die Einfuhr der restlichen 100 000 To. nicht einigen. Dem Interesse unserer Zuckerproduzenten, welche dieses Jahr sehr gut abgeschnitten haben, entspricht es natürlich, daß die Einfuhr auf einen möglichst langen Zeitraum verteilt werde, das Konsumenteninteresse verlangt das Gegenteil. Wir glauben, daß das letztere in diesem Falle ausschlaggebend sein sollte, denn unsere Großindustriellen im Verein mit den Spekulanten haben aus dem schlechten Ausfall der Zuckereinfuhr einen Profit gezogen, der weit über das berechnete Maß hinausgeht!

Aus unserer Industrie lauten die Nachrichten, wie schon eingangs erwähnt, nicht wesentlich anders wie in der letzten Zeit. Doch ergeht dem Beobachter nicht ein gewisser Unterton, der zu denken gibt. Er fällt besonders beim Stabeisenmarkt auf, was ja an und für sich wohl verständlich ist. Denn diese Industrie hat nach Auflösung der Stabeisenkonvention einen gewaltigen Aufschwung genommen. Produktion und Preise haben sich gleich günstig entwickelt. Daß der Absatz auf die Dauer so nicht weitergehen konnte, war klar. Und tatsächlich scheint nunmehr ein gewisser Stillstand eingetreten zu sein. Auch die Preise sind nicht mehr so stabil wie bisher — aus Belgien hören wir, daß sie einen Rückgang erfahren haben.

In der Röhrenindustrie, die schon lange darniederliegt, hat sich eine bemerkenswerte Interessengemeinschaft gebildet zwischen den Mannesmannröhrenwerken Düsseldorf und den Wittener Stahlröhrenwerken in Witten a. d. Ruhr, nachdem eine solche mit dem Stahlwerk Bösch in Dortmund gescheitert war. Durch diese Interessengemeinschaft haben die Werke ihre Stellung sehr gehärtet, ob aber die Preise deshalb eine Besserung erfahren werden, ist zweifelhaft, denn die Mannesmannröhrenwerke haben bisher in dieser Richtung nur den Preis gewickelt. Mag sein, daß nach der beabsichtigten Eröberung des Marktes sich ihre Preispolitik ändert, bis jetzt ist davon noch nichts zu merken. — Der Markt in Halbzeug ist gut, auch das Auslandsgeschäft liegt günstig, wenn auch in England eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar ist — eine Folge des drohenden Streites. An schwerem Oberbaumaterial sind weitere Aufträge der preussischen und württembergischen Bahnen eingelaufen. Die übrigen Zweige der Metallindustrie lassen eine Veränderung der Lage nicht erkennen.

### Wo sitzen die Arbeiterverräter?

(Eine Naturaufnahme ohne „Mißglück“.)

Sehr quer sitzt es den führenden Metallgenossen von Bielefeld und weit darüber hinaus, daß die christlich geübte Arbeitererschaft bei den letzten Reichstagswahlen den Sozialpolitiker Grafen Posadowsky dem „Wortvolkili“ — und von den eigenen Genossen im Jahre 1910 als „Leisetreter“ und „Arbeiterverräter“ bezeichneten — Genossen Sebering vorzog. Das wußte „großen“ werden — aber, der Katzenjammer! Noch 6 Wochen nach dem hereinfall trübte er das Licht der Genossenleuchten. Sie mußten deswegen am helllichten Tage zum „Mißglück“ greifen — um etwas „Christliches“ zu erhaschen, was sich mit dem bekannten „guten“ Willen und roter Phantasie auch zu „Arbeiterverrat“ umlagern ließ. Und so setzte sich denn nach den bewährten 6 Wochen ein den Katzen-

jammer und Langeweile gepeinigter Ober-Metallgenosse auf seinen Hofenboden und schrieb unter dem Titel: „Ein Mißglück in der Dunkelkammer der christlichen Gewerkschaften“ eine gar brollige Phantasei — zum eigenen Troste und zur Erbauung des gläubigen roten Volkes. Das Geschreibsel erschien zuerst in der Bielefelder roten „Volkswacht“ vom 20. Februar, dann auch in einer Anzahl anderer Genossenblätter — und last not least tischte es auch die „Metallarbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 9 vom 2. März ihren Lesern auf; wahrscheinlich als Erfas für die verunglückte „neue Epoche“.

Was für eine Verwandnis hat es denn nun eigentlich mit der schrecklichen christlichen „Dunkelkammer“, die der Genosse in der Katerstimmung mit seinem „Mißglück“ entdeckt hat? Nun, der christliche Beamte Oberhoffel hielt es für gut, den Genossen in Bielefeld nicht das Monopol in der Arbeitsvermittlung einzuräumen. Er vermittelte, genau so wie die Arbeitsnachweise aller sozialdemokratischen Verbände, arbeitslosen Kollegen Arbeit. Er sandte den Arbeitgebern von Bielefeld und Umgegend von Zeit zu Zeit auch ein Zirkular mit der Bitte, den Arbeitsnachweis der christlichen Gewerkschaften bei Bedarf zu benutzen. — Das ist doch sicher kein Arbeiterverrat! Im Gegenteil. Diese Tätigkeit Oberhoffels muß jeder ehrliche Gewerkschaftler begrüßen; diente sie doch dazu, die Besetzung freier Stellen durch organisierte Arbeiter zu fördern. Dem roten Strikifaz aber paßt diese Tätigkeit nicht in den Kram, weil Oberhoffel damit auch Mitglieder für den christlichen Metallarbeiterverband gewinnen wollte. Du liebe Einfalt! Der Mann bildet sich also ein, daß wir dazu erst der Genehmigung der „hochwohlwolligen Eisenhütte“ Marktstraße 8 bedürften? Zu seiner Beruhigung sei ihm hiermit verraten, daß wir selbständig sind und keines Vormundes bedürfen. Am allerwenigsten eignet sich dazu ein sozialdemokratischer Jongleur, der geschäftsmäßig die christlichen Gewerkschaften in der unehrlichsten Weise zu begeistern sucht.

„Aber Oberhoffel hat doch Arbeiterverrat getrieben, er hat gelegentlich der Bewegung in der Bielefelder Metallindustrie den Arbeitgebern Leute angeboten.“ O, diese ehrlichen roten Seemann! Haben die sozialdemokratischen „Dunkelkammern“ denn in dieser Zeit ihre Bude zugemacht? Sehen wir uns die Tatsachen an. Erstens steht fest, daß von keiner Organisation über den Bielefelder Industriebezirk die Sperre verhängt war. Die „Volkswacht“ sowohl wie auch die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ haben keine Sperrenotiz gebracht, insolge dessen hatte der christliche Metallarbeiterverband als in der Minderheit stehende Organisation keine Ursache, den Bezirk zu sperren. Zweitens steht fest, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband während der Lohnbewegung auswärtigen, sowie auch einheimischen Arbeitern in Bielefeld Arbeit verschafft hat. Also trafe ihn an erster Stelle der Vorwurf des Arbeiterverrats, den man den Christlichen anzuhängen versucht.

Im übrigen sind die Bielefelder Metallgenossen unter sich über die Bedeutung des Wortes „Arbeiterverrat“ noch gar nicht einig. Ausgemachte Arbeiterverräter aber sind bei ihnen vorab die Christlichen. Das ist feststehendes rotes Dogma. Sobald es sich aber um Vorgänge im eigenen Lager handelt, sind die Ansichten — sehr geteilt. Nehmen wir zum Beweise des Gesagten die Bielefelder „Volkswacht“ vom 31. Mai 1910 zur Hand. Wir finden da unter dem Titel: „Der Rechenschaftsbericht vor der Deffentlichkeit“ einen Bericht über zwei große Versammlungen, die am 30. Mai 1910 im Saal und Garten der Zentralthalle stattfanden. Man besaßte sich da mit der damaligen Aussperrung in der Metallindustrie Bielefelds. Nur einige Naturaufnahmen — keine „Mißglück“bilder — seien aus diesen Versammlungen wiedergegeben.

„Im Garten referierte Genosse Dufe. In der Diskussion jagte der Genosse Aufmann: Die Kollegen hätten selbst die Schuld, weil sie sich von den (sozialdemokratischen) Beamten führen ließen: Hotels und Berge werden gekauft, da bliebe für die Arbeiter nichts mehr übrig, sondern sie müssen nur bezahlen. . . . Blaue sagt, zwei Gründe würden von vielen Kollegen angeführt, warum es nicht zum Kampfe gekommen sei: 1. Der Verband habe kein Geld, 2. die Verwaltung könne keinen Streik leiten. In anderen Zeiten würde aber herumgeprahlt, Bielefeld sei die bestorganisierte Stadt im ganzen Reich. Heideman n ist der Meinung, wenn die Sieben wieder eingestellt worden wären, so sei doch etwas erreicht worden, wenn Dürkopp sie auch nach drei Tagen wieder heraus schmeißt. Wenn nicht gestreikt werden sollte, dann könne man ja Dürkopp als Geschäftsführer (im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband) anstellen. Toppel hat kein Vertrauen mehr zur Verwaltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Gauleiter Spiegel wird mit Aufsen wie Bremser empfangen und des öfteren in seinem Vortrage unterbrochen.

Im Saale wurde die Hauptkassiere geschlagen. Genosse Sebering wurde mit den Aufsen: raus, raus . . . Du sollst nicht reden . . . Du bist fertig für uns Arbeiterverräter . . . Wärest Du doch lieber in Deiner Kuranstalt verreckt als empfangen. Nach längerem Hin und Her verschaffte sich Genosse Sebering Ruhe, wurde aber sehr häufig durch Johlen und Pöbeln unterbrochen.

Am Samstag, den 28. 5. 1910 hatten sich mehrere hundert Genossen zusammengefunden und beabsichtigten nachstehende Resolution der Monatsversammlung zu unterzeichnen und durchzuführen.

Resolution! Die heutige Versammlung der Arbeiter der Bielefelder Metallindustrie nimmt Kenntnis von: der Verantwortung der Aussperrung. Die Versammlung spricht ihre tiefste Entrüstung aus, daß die bei der Beilegung der Differenzen beteiligten Funktionäre und Gewerkschaftsbeamten Bedingungen eingegangen sind, die in ihrer Befassung eine Verhöhnung der Bielefelder Arbeitererschaft darstellen und durch diese Handlung die nahe an Arbeiter-

verrat grenzt, eine schwere Erschütterung des Ansehens und der Nachstellung der beteiligten Organisationen herbeigeführt haben.

Um die in Betracht kommenden Gewerkschaften vor schweren inneren Krisen zu bewahren, fordert die Versammlung, daß die Funktionäre und Beamten, soweit sie die Bedingungen billigen, und an der Erledigung der Differenzen direkt oder indirekt mitgewirkt haben, sofort ihre Klemmer niederlegen resp. ihre Kündigung einreichen.

Die Versammlung ist der Meinung, daß zur Führung von wirtschaftlichen Kämpfen, Männer notwendig sind, die auch den Mut haben, die Interessen der Arbeiter voll und ganz zu vertreten.

Genosse Herzog begründete vorstehende Resolution und stellte fest: „Für mich kommt es darauf an, daß der Vortritt auf unregelmäßigem Wege der Hals abgedreht wurde. Man hat die Massen vor acht Tagen aufgeweckt und heute wird gebremst, denn der bekannte Leisetreter Genosse Sebering ist gekommen. Die angenehmen Bedingungen sind ein Schandfleck für die ganze Bielefelder, sowie für die gesamte deutsche (soll heißen sozialdemokratische) Gewerkschaftsbewegung. Die Bielefelder Arbeiter sollten Leute an die Spitze ihrer Organisation stellen, die den Mut haben, für die Interessen der Arbeiter einzutreten. Genosse Rißing wirft den Führern Arbeiterverrat vor und greift Sebering an, weil er während des wirtschaftlichen Kampfes beim Unternehmer gewesen sei.“

Aus den hier naturgetreu geschilderten Vorgängen im Lager der Bielefelder Genossen ist ersichtlich, daß der Genossenstrikifaz besser daran täte, sich einmal mit den Genossen in aller Gemütsruhe über das Thema Arbeiterverrat auseinanderzusetzen. Das überhöbe ihn fürs erste der Langeweile. Er käme da nicht mehr so leicht in Versuchung nach den Christlichen zu werfen und dabei sein eigenes Glashaus zu zertrümmern. Besser wäre es schon, er nähme in seinen müßigen Stunden die oben angegebene Nummer seines Leib- und Magenblattes mal wieder zur Hand. Jedenfalls würde er — trotz der Katerstimmung — dann bald dahinter kommen, daß „wir Wilde doch bessere Menschen“ sind. Denn bis heute hat die christliche Arbeitererschaft es noch nicht nötig gehabt, ihren Führern und Funktionären Unfähigkeit, Leisetreterei, Arbeiterverrat und was der Liebeshwürdigkeiten mehr sind, an den Kopf zu werfen. Im Gegenteil, je ruppiger und gehässiger die Genossen die christlichen Führer bekämpfen, um so entschiedener werden die christlichen Arbeiter mit den Führern Hand in Hand arbeiten und ihre Sache vertreten. Das rote Kalauerrezept, „die Führer treten und den Massen schmeicheln“, zieht nicht mehr. Das werden auch die Genossen Sebering und Buse schon in Kürze erfahren.

Mit dem Ausrotten der Christlichen ist's also mal wieder nichts. Der Giftpfeil Arbeiterverrat traf nicht den Geschäftsführer der christlichen Metallarbeiter Bielefelds, sondern den roten Schützen selbst. Lüge und Verleumdung sind gefährliche Waffen für den, der sie führt. Deshalb verbietet es schon die Klugheit, sich ihrer im Kampfe mit den Christlichen zu bedienen. Damit wollen wir allerdings nicht abstreiten, daß die Sozialdemokratie gerade ihre Haupterfolge jener weit verbreiteten Eigenschaft verdankt, die man schlechterdings als das Gegenteil von Klugheit bezeichnet. Christliche Arbeiter aber lassen sich trotzdem von den Genossen nicht behandeln, wie die Leute, die nach dem bekannten derben Sprichwort „nicht alle“ werden.

### Der Arbeitsmarkt im Januar.

Die Lage der heimischen Industrie — besonders die der Metall- und Textilindustrie — weist ein einseitigeres Gepräge auf als während des ganzen verfloffenen Jahres. In unserer Industrie können wir seit annähernd drei Monaten von einer Hochkonjunktur sprechen, die sich nicht nur in einer außerordentlich lebhaften Beschäftigung der Werke, sondern auch in starken Preiserhöhungen äußert. Daß sie auch den Arbeitsmarkt günstig beeinflusst hat und zwar zu einer Zeit, in der eine Besserung tatsächlich etwas außergewöhnliches ist, haben wir in unserem letzten Bericht gesehen. Eine Aufwärtsbewegung im Januar ist gerade in unserer Industrie fast eine Regel — auch in diesem Jahre haben wir keine Ausnahme zu konstatieren. Im Dezember 1911 kamen auf 100 offene Stellen 223 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter, im Januar nur 169. Die Besserung gegen den Vormonat ist also nicht unbeträchtlich. Wie günstig sich die Verhältnisse gegen den Januar 1911 entwickelt haben, wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß dort auf die gleiche Anzahl offener Stellen 232 Arbeitsgesuche kamen.

Erfreulicherweise können wir dieses Mal auch von einer erheblichen Verbesserung des weiblichen Arbeitsmarktes berichten. Auf 100 offene Stellen kamen im Januar 159 Arbeitsgesuche gegen 190 im Dezember 1911. So erfreulich der Aufschwung auch ist, kann er doch in keiner Weise befriedigen, denn der Stand des betreffenden Monats im Vorjahr, wo auf 100 offene Stellen nur 137 Arbeitsgesuche kamen, ist noch lange nicht erreicht. Ob er zur Zeit einer Hochkonjunktur, wo sich erfahrungsgemäß die Nachfrage nach qualifizierteren männlichen Arbeitskräften stark vermehrt, überhaupt je ein befriedigendes Verhältnis erreicht, kann mit Recht bezweifelt werden.

In der Metallindustrie haben sich die Arbeitsgesuche wie auch die offenen Stellen und Vermittlungen im Januar sehr stark vermehrt. Bei 731 (726 im Dezember 1911) Arbeitsnachweisen sind in der Gruppe der Metallverarbeitung, und Industrie der Maschinen, Instrumente u. insgesamt 84 790 (61 760) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 43 153 (27 650) offene Stellen und 39 471 (22 485) Vermittlungen gegenüberstehen. Es haben sich also gegen den Vormonat: die Arbeitsgesuche um 23 030, die offenen Stellen um 15 503 und die Vermittlungen um 16 986 vermehrt. Die Berichte aus allen Teilen des Reiches sprechen sich über den Arbeitsmarkt durchweg günstig aus — starke Nachfrage, besonders nach qualifizierten Kräften, bei teilweisem Mangel ist die Signatur.

Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit zeigt nicht das gleiche günstige Bild wie in einzelnen Industrien — für männliche Personen ist eine Verschlechterung eingetreten. Während im Dezember 1911 183 Arbeitsgesuche auf 100 offene

Stellen kamen, waren es im Januar 1912 — damit ist fast der Stand von 1911 wieder erreicht, wo die Zahl der Arbeitsgesuche 196 betrug. Der schlechtere Stand wird wesentlich beeinflusst durch die ungünstige Lage verschiedener Industrien — vor allem der Papier- und Lederindustrie; in letzterer kamen im Dezember 1911 322 Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen, im Januar 416.

Im Gegensatz zu dieser Entwicklung ist der Markt für weibliche Arbeitskräfte etwas besser geworden. Auf 100 offene Stellen kamen im Dezember 112 Arbeitsgesuche, im Januar dagegen 100. Trotz der Besserung ist der Stand noch nicht so günstig wie im Januar 1911, wo auf 100 offene Stellen 90 Arbeitsgesuche kamen. Im Januar (Dezember 1911) sind insgesamt 378 000 (310 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 197 000 (169 000) offene und 176 000 (161 000) besetzte Stellen gegenüberstehen. Auf 72 000 (54 000) Gesuche weiblicher Personen kamen 72 000 (48 000) offene Stellen und 43 000 (32 000) Vermittlungen.

### Volkswirtschaft und Wirtschaftstheorien.

In unserer letzten Erörterung haben wir die sozialistische Mehrwerttheorie und deren Aufbau kennen gelernt. Wir wollen nun prüfen, ob die marxistischen Gedanken vor der Kritik bestehen können. — „Arbeit ist die Quelle alles Wertes; der Wert jeder Ware wird bestimmt durch die Menge Arbeit, die in ihr vergegenständlicht ist.“ Auf diesen beiden Sätzen baut Marx sein ganzes System auf, mit ihnen fällt und steht die Mehrwerttheorie. Marx beruft sich des öfteren, um für die Richtigkeit seiner Sätze anerkannte Autoritäten anzuführen, auf A. D. Smith und Ricardo. Es ist nun richtig wie wir schon früher gehört haben, daß beide in einseitiger Weise den Einfluß der Arbeit auf den Wert eines Gutes betonten. Sie sind sich aber vollständig bewußt, daß daneben noch andere wichtige Faktoren maßgebend sind. Marx sagt, und das ist wohl zu merken, daß der Wert sich durch die Arbeit bestimmt, tatsächlich, nicht etwa, daß es so sein soll. Es soll und kann nun absolut nicht geleugnet werden, daß die Arbeit einen großen, oft den größten Einfluß auf den Wert eines Gutes hat. Aber die einzige Quelle des Wertes ist sie nicht. Wenn wir an das Verhältnis von Angebot und Nachfrage denken, so ist das sofort klar. Je größer und stärker die Nachfrage nach einem Gut ist, das nur in beschränkter Menge vorhanden ist, um so größer ist sein Wert — die Menge der aufgewendeten Arbeit steht oft in keinem Verhältnis zu dem Wert des Gutes. Am klarsten tritt das in den Monopolpreisen für gewisse Waren in die Erscheinung.

Und wie verhält es sich mit den Konjunkturwerten? Auf die Güter, die hier in Betracht kommen, wird vielfach überhaupt keine Arbeit verwendet und sie steigen doch gewaltig im Wert. Ein Stück Brachland erhält durch die Ausbehnung einer Stadt einen viel höheren Wert, als das best bebaute Stück Ackerland, obgleich in ersterem keine, im letzteren dagegen viel Arbeit steckt.

Wie wir aus den angeführten Beispielen erkennen, kann der Behauptung Karl Marx einen Anspruch auf Allgemeingültigkeit nicht machen — er ist also hinfällig.

Der Tausch kommt dadurch zustande, daß Gleiches gegen Gleiches gegeben wird, Arbeit gegen Arbeit. Wir haben gehört, daß Marx sagte, allen Gütern, die einen Wert haben, ist nur eine Eigenschaft gemeinsam, daß nämlich Arbeit auf sie verwendet worden ist. Die Unrichtigkeit dieses Satzes ergibt sich ja schon aus dem oben Gesagten. Außerdem ist es aber gar nicht wahr, daß nur die Arbeit allen Gütern gemeinsam sei, man kann gerade so gut anführen, daß die relative Seltenheit allen Gütern gemeinsam sei, d. h. der Umstand, daß sie nicht in jeder beliebigen Menge zu erhalten sind. Dieses Gemeinsame ist nach Marx daran schuld, daß ein Tausch überhaupt zustande kommt, denn dadurch kann Gleiches gegen Gleiches gegeben werden. Wird in einem Tausche nun wirklich Gleiches gegen Gleiches gegeben, oder ist es nicht vielmehr ein Ungleiches, was den Tausch zustande kommen läßt? Wenn zwei Güter auf einer Seite die gleiche Werthschätzung gemeinsam haben, so dürfte niemals ein Tausch vorgenommen werden. Ich gebe gerade deshalb ein Gut für ein anderes hin, weil ich weiß, daß es einen höheren Wert für mich hat, weil ich das andere Gut besser gebrauchen kann, als das, was ich bejeh. Von dem Gebrauchswert darf man beim Tausch also nicht absehen, denn gerade die verschiedenen Gebrauchswerte der verschiedenen Güter bedingen den Tausch.

Die Hinfälligkeit dieser seiner Lehre hat Marx übrigens selbst eingesehen. Die Werttheorie, welche er in I. Bande seines „Kapitals“ aufstellt, stößt er in 3. wieder um. Er gibt nämlich zu, daß die einzelnen Waren sich nicht nach dem Verhältnis der in ihnen enthaltenen Arbeitsmenge umtauschen, daß vielmehr Ungleiches getauscht werde. Die Waren tauschen sich aus teils über teils unter ihrem „Wert“. Marx erkennt ausdrücklich an, daß sie sich nicht nach der Menge Arbeit, die in ihnen enthalten ist, sondern nach den „Produktionspreisen“ vertauschen. Damit gibt er aber seine ganze Wertlehre auf. Wie sucht sich nun Marx aus der Schlinge zu ziehen? Er sagt, beim einzelnen Waren-tausch findet das Wertgesetz keine Anwendung, d. h. sie tauschen sich nicht aus nach dem Verhältnis der in ihnen enthaltenen Arbeit, wohl aber ist dies bei der Gesamtheit aller Waren-tausche der Fall. Das Wertgesetz soll uns aber doch nun darüber Aufschluß geben, warum sich zwei Güter gegeneinander austauschen. Aber gerade über diese Austauschbedingungen läßt es uns im unklaren; mit der Phrase, daß nur die Gesamtheit der Güter-tausche zu betrachten sei, können wir nichts anfangen.

„Der Wert der Arbeitskraft wird bestimmt durch die Summe der Lebensmittel, welche der Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt und zu seiner Fortpflanzung braucht.“ Dieser Satz ist unter dem Wort „ehernes Lohngesetz“ bekannt. Ehern und grausam nennt es Lassalle, weil es dem Arbeiter nur gerade das Notwendigste gibt und ihn immer auf einer niederen Stufe festhält. Angenommen dieser Satz sei richtig, wie ist dann die große Verschiedenheit der Arbeitslöhne zu erklären? Nicht geleugnet werden soll, daß der Arbeitslohn für die niedrigste Kategorie der Arbeiter die Tendenz hat, sich auf dieser Stufe zu halten; im übrigen finden wir aber, daß der Lohn oft weit über diese Grenze hinaus geht. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß er hinreichend zur Befriedigung aller kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse. Das Streben aller Gewerkschaften, auch der sozialdemokratischen, höheren Lohn zu erlangen, beweist uns, daß die Arbeiterklasse an diese Lehre selbst nicht glaubt. Würde sie das, so müßte sie den Satz als unumstößliches Naturgesetz betrachten, gegen das an-

zukämpfen zwecklos sei. Die Bestimmungsgründe des Arbeitslohnes sind ganz andere, als K. Marx annimmt, insbesondere sind es Angebot und Nachfrage, die den Lohn regeln.

„Der Mehrwert entsteht einzig und allein durch die Ausbeutung der Arbeiter.“ Wir haben gesehen, daß die Voraussetzungen auf denen dieser Satz aufgebaut ist, hinfällig sind. Mit der Unzulänglichkeit jener ist auch die dieser Lehre bewiesen. Wir wollen uns aber doch noch ein klein wenig hier aufhalten. Die Lehre vom Mehrwert gibt in dem Satz, daß dieser um so größer sei, je mehr Arbeiter der Kapitalist beschäftigt, denn die Ausbeutung von 10 Arbeitern bringt mehr ein als die von nur einem. Infolge dieser Lehre müßte der Unternehmer darauf sehen, möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen, da sich darnach der Gewinn berechnet. Darauf nimmt aber in Wirklichkeit der Unternehmer nicht die geringste Rücksicht. Er will, daß sich sein gesamtes Kapital, stehendes wie laufendes, umlaufendes wie Bargeld nach dem landesüblichen Zinsfuß verzins. Ein besonders wichtiges Moment hat Marx vollkommen außer Acht gelassen, das Zeitmoment. Je länger ein Produkt bis zu seiner Fertigstellung braucht, je mehr Produktionsprozesse es durchlaufen muß, einen um so höheren Wert erhält es; denn die Kapitalisten, die zu seiner Herstellung verwendet worden sind, müssen sich doch verzinsen.

Karl Marx hat die Mehrwerttheorie geschaffen angesichts der Zustände, die in der englischen Industrie bis tief in das 19. Jahrhundert hinein herrschten. Und diese waren tatsächlich grauenvoll. Marx führt in seinem Werke eine Fülle amtlich beglaubigten Materials an. Arbeitszeiten von 16 Stunden waren nichts seltenes, Frauen und Kinder wurden in schamlosester Weise ausgebeutet. Die Folge war eine ungeheure Verrohung der Sitten, der physische und moralische Verberb der Bewohner ganzer Landstriche. Jeder anständige Mensch wird mit ihm in der Beurteilung solcher Zustände einig sein. Man kann es auch begreiflich finden, daß ein Mann, der innerhalb dieser lebt, auf den Gedanken kommen kann, daß der ganze Gewinn der Kapitalisten nur der Ausbeutung der Arbeiter zu verdanken ist. Diese Meinung hat sich bei Marx gebildet und für sie sucht er eine „wissenschaftliche“ Begründung, wie er sie uns in den oben betrachteten Sätzen darbietet. Diese Sätze sollten dazu dienen, die vorgefaßte Meinung zu bestärken, die Mitwelt „wissenschaftlich“ überzeugen von der Unhaltbarkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung. Wie K. Marx das mißglückt ist, haben wir gesehen. Das eine Zugeständnis wollen wir ihm allerdings machen, daß noch sehr oft ein zu hoher Gewinn des Unternehmers auf Kosten geringer Arbeitslöhne und Ausbeutung der Arbeitskraft durch zu lange Dauer der Arbeitszeit erzielt wird.

Eine wichtige Frage bleibt uns noch zu beantworten. Wie stellt sich die Sozialdemokratie heute zu der von K. Marx aufgestellten Theorie?

„Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Arme der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Immer erbitterter wird der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.“ Auf die Behauptung dieses Satzes, der der sich im Erfurter Programm v. J. 1891 findet, näher einzugehen, ist hier nicht der Platz, er wird weiter unten die entsprechende Würdigung finden. Was uns an ihm interessiert, ist seine agitatorische Bedeutung. Diese erlangt er durch die unbedingte Annahme der Marx'schen Ausbeutungstheorie durch die Sozialdemokraten. Die moderne Gesellschaftsordnung hat ihrer Ansicht nach die Ausbeutung der Arbeiter zur Voraussetzung. Ohne sie ist die kapitalistische Produktion undenkbar. Dieser Zustand schafft einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern.

Daß ein Gegensatz zwischen den beiden Kategorien vorhanden ist, wird wohl niemand bezweifeln. Er ist aber nicht wie die Sozialdemokratie sagt, unüberbrückbar; die beiden Interessentkreise berühren sich vielmehr in einem Punkte und gehen eine Strecke Weges zusammen. Kapitalisten und Arbeiter haben an dem Bestande unserer Industrie das größte Interesse. Für beide wären die Folgen eines dauernden Niederganges furchtbare, furchtbare aber wohl für die Arbeiter. — Nach der Meinung aller überzeugten Sozialisten ist der Zukunftsstaat unausbleiblich. Ihr Wunsch ist dessen möglichst baldiges Erscheinen. Aus diesem Grunde finden wir nirgends bei der Sozialdemokratie irgend einmal eine Betonung der gemeinsamen Interessensphäre, nein, im Gegenteil! sie ist bestrebt, die Gegensätze stets zu verschärfen. Die Ausbeutungstheorie ist der Köder, womit die Sozialdemokratie ihre Anhänger fängt. Eine selbständige Prüfung dieser Lehre ist den meisten ja unmöglich, sie wollen und sollen es auch gar nicht! Wenn es der Sozialdemokratie gelungen ist, den klaren Blick der Leute zu verdunkeln, durch die Unzufriedenheit die blinde Leidenschaft entflammt zu haben, die sich sehr oft in wüstem, sinnlosem Krakeel bemerkbar macht, dann blüht der Weizen der Sozialdemokratie, dann strömen ihr die Leute zu, welche im Zukunftsstaat Befriedigung ihrer Wünsche erwarten. Die meisten von ihnen werden wohl diesen Idealstaat nie zu sehen bekommen. Wäre es da nicht klüger, in zielbewußter Arbeit für die Gegenwart zu sorgen, um den vielleicht berechtigten Grund der Unzufriedenheit aus der Welt zu schaffen? Damit ist der Sozialdemokratie aber nicht gedient; sie will die heutige Ordnung der Gesellschaft stürzen und so kann sie keine zu positiver Reformarbeit willigen Menschen, keine mit der heutigen Gesellschaftsordnung Zufriedenen gebrauchen.

Die Ausbeutungstheorie spielt, wie wir sehen, bei der Sozialdemokratie eine große Rolle; sie ermöglicht, große Massen zur Unzufriedenheit aufzureizen, sie zu Unbesonnenheiten hinzureißen, was ja bekanntlich viel leichter ist, als durch ernste, nüchterne, klare Arbeit zu wirken.

### Zur Lage der Heizer im Ruhrbergbau.

Während andere Berufsgruppen ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern suchen und kämpfen für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, stehen die Heizer des Steinkohlenbergbaues, zumal an der Ruhr, abseits und rühren sich nicht, trotzdem gerade ihre wirtschaftliche Lage so verbesserungsbedürftig ist wie kaum bei einer anderen Arbeiterkategorie. Was die von ihnen geforderten Leistungen betrifft, so stehen die Heizer in den Kesselhäusern der Zechen in diesem Falle den Bergarbeitern nicht nach, denn Heizen ist eine der anstrengendsten Arbeiten, die es im Kohlenbergbau gibt, vornehmlich unter den heutigen Förderverhältnissen. „Kohlen, Kohlen!“ ist das Losungswort bei den Bergleuten, und „Dampf und wieder Dampf!“ bei den Heizern. Ohne Dampf keine Kohlen. Brau-

hürlich kauft der Förderkorb in die Tiefe, kaum findet der Heizer Zeit etwas zu essen, und auch dann nur — happenweise. Die kräftigsten Leute sind bei dieser Arbeit in ein paar Jahren marode.

In keinem Einklaue zu den Leistungen der Heizer stehen ihre Löhne. Kesselhäuser sind ja bekanntlich ein „notwendiges Uebel“ und werden unter der Rubrik laufende Ausgaben gebucht. Sparbarkeit ist auch hier eine große Tugend und jede Kraft wird ausgenutzt bis zum äußersten. Deshalb ist es auch verfehlt zu glauben, die Heizer hätten einen Schicksalstoß von fünf Mark und darüber. Selbst die Kameraden vor der Kohle huldigen vielfach dieser Ansicht; ein Zeichen, wie schlecht manche Leute informiert sind über die Lage der Heizer im Bergbau. 3,70 bis 4.— Mark ist der übliche Lohn für die Reparatur bei achtstündiger Schicht, in Betrieben mit 12stündiger Schicht etwas mehr. Dazu kommt dann noch gewöhnlich das übliche Aufmunterungsmittel, Prämien genannt, in Gestalt von einem Schichtlohn monatlich für vollständig verfahrene Schichten. Feiert jemand eine Schicht, sei es infolge Ueberanstrengung oder aus einem anderen entschulbbaren Grunde, so ist die Prämie weg. Man braucht kein Kesselmeister zu sein, um zu finden, daß man mit solchen Löhnen unter den heutigen Verhältnissen eine Familie nicht anständig ernähren kann; es sei denn, daß man sich auf's Schönbermachen verlegt. Woher aber soll der Familienvater bei einem solchen Lohne in heutiger Zeit die stärkenden Nahrungsmittel nehmen, um sich frisch und bei Kräften zu erhalten, damit er seine anstrengende Arbeit Tag für Tag ununterbrochen verrichten kann?

Wird einmal der eine oder der andere Heizer vorstellig um mehr Lohn, so wird er mitteilidig angelächelt und man bedeutet ihm, er habe ja die Prämie, oder man sagt: „Sie können ja Ueberschichten machen.“ „Ueberschichten“, das ist in den Kesselhäusern des Ruhrbergbaues der Rettungsanker, an den man sich klammert — auf der einen Seite, um die unzureichenden Mahner los zu werden und auf der anderen Seite ergreift man die Gelegenheit, um seinen großen Lohn künstlich zu erhöhen. Da ist der Heizer dann nach seiner eigentlichen Schicht in der Regel noch Transportarbeiter, Kesselzeiger, Handlanger, Erbarbeiter, kurzum, das Mädchen für alles. Dort steht er eine ganze Schicht in enormer Hitze, meist im Schweiß gebadet — und hier oft im Freien bei jeder Witterung. Hat er nun mit viertel, halben und ganzen Ueberschichten und allem Drum und Dran fünf- bis sechsunddreißig Schichten im Monat zusammengenommen, so ist der finanzielle Effekt im Lohnbuche am Monatschlus 130 bis 140 Mark, und davon gehen noch seine Abzüge ab. Dafür hat er Tag und Nacht, Sonn- und Feiertage gearbeitet, sich seiner Familie entzogen, sich die notwendige Ruhe gestohlen und in vielen Fällen seinen Körper ruiniert. Ist der Mann schließlich genötigt, infolge dieses Raubbaues an seiner Gesundheit einige Wochen krank zu feiern, was nicht selten vorkommt, so ist der Profit vor ihm zu Hause. Er hätte dann genügend Zeit, über das Unstimmige seines Luns nachzudenken, denn schließlich wird der eigentliche Lohn durch Ueberschichten nicht verbessert, sondern in hohem Maße verschlechtert. Dies scheint aber viele nicht zu begreifen oder, besser gesagt, wollen es nicht begreifen. Gewiß muß mancher aus der Not eine Tugend machen; denn wer sich weigert Ueberarbeit zu leisten, von dem heißt es: „der Mann will kein Geld verdienen.“ „Unserdem hat man stellenweise ganz probate Mittel, um widerpensige Naturen zur Reason zu bringen.“

Damit kämen wir zum Kapitel Behandlung. Hier bleibt auch viel zu wünschen übrig. Bisweilen kommt es vor, und zwar fast in jedem Kesselhause, daß der Dampfdruck nicht die gewünschte Höhe erreicht, trotz aller Anstrengung — sei es nun, daß mehr Dampf verbraucht wird als erzeugt werden kann, infolge schlechten Brennmaterials oder auch, weil zu wenig Kessel vorhanden sind — immer aber wird den Heizern die Schuld in die Schuhe geschoben. „Die Kerle sind schuld“, „ihr müßt besser dran gehen“, „faule Bande“ usw. So fällt man über die abgehegerten Heizer her, trotzdem sie wie schon in den Kesselhäusern ein Heizer des andern Aufseher ist. Ein „Drücken“ gibt es hier nicht; deshalb sind obige Stichworte auch nicht am Platze. Ganz besonders tun sich in mancher Beziehung kleine und kleinste Größen heraus, welche sich dem Heizer gegenüber eine Kompetenz anmaßen, die geradezu lächerlich wirkt. Unangenehme politische oder auch gewerkschaftliche Gegner zeigt man mit Vorliebe der Faulheit und Trübselbergerei und offen und versteckt sucht man ihnen am Zeuge zu fassen; ja man schreckt bisweilen selbst vor Handgreiflichkeiten nicht zurück. Man sieht aus dieser Darlegung, die Heizer auf den Steinkohlenzechen sind durchaus nicht auf Rosen gebettet.

Ziehen wir das Fazit aus dem Gesagten, so sehen wir, daß hier manches faul ist im Staate Dänemark. Eine große Schuld an diesen Zuständen liegt aber auf Seiten der Heizer selber. Um manchen Miskständen aus dem Wege zu gehen, wird die Arbeitsstelle gewechselt, um dann einzusehen, daß man aus dem Regen unter die Traufe gekommen ist. Die Verhältnisse der Heizer auf den Zechen sind sich überall gleich; aber auch überall hat keiner den Mut, auch nur einen Finger zu rühren zur Verbesserung seiner Lage. Und so vieles ist doch zu verbessern! Da ist zunächst ins Auge zu fassen die Abschaffung der zwölfstündigen Schicht in vielen Kesselhäusern, die Regelung der Sonntagsarbeit, die Abschaffung der Prämien, die Aufbesserung der Löhne und vieles andere. Hier wäre es vielleicht an der Zeit — auch für die Maschinenisten und Handwerker — einen Tarifvertrag anzustreben. Vor allen Dingen wäre aber dafür Sorge zu tragen, daß nicht, wie es bisher geschehen ist, jeder Heizer spielen kann. In vielen Kesselhäusern wird jeder eingestellt, der nur eine Schaufel handhaben kann, aber die Flucht ergreift, sobald nur ein Wasserstandsglas zerpringt. Das Innere eines Dampf-kessels ist diesen Leuten ebenso fremd, wie der Zusammenhang der Kessel mit den Maschinen oder die Zusammenfügung der Speisepumpen oder der Sicherheitsventile. Von Ablegung einer Probe, wie es für diese Betriebe an der Ordnung wäre, ist keine Rede. „Dampf“ ist die Parole und nur „Dampf!“ Alles andere ist Nebensache.

Also, Kollegen in den Kesselhäusern der Ruhrzechen, aufgemacht und an die Arbeit! Helfen könnt ihr euch nur selbst. „Selbst ist der Mann!“ Sorgt zunächst für die nötige Rücken- deckung, indem ihr geschlossen Mann für Mann unserer Organisation dem christlichen Metallarbeiterverbande beitrete; denn hier werden eure Interessen voll und ganz vertreten. Laßt euch nicht irreführen von denen, welche mit dem bekannten Augenaufschlage nach einem Lächeln von oben hauchen und sich von falschen Hoffnungen leiten lassen. Sich wehren bringt zu Ehren! Darum vertrauen wir der eigenen Kraft. Geschlossen in unserer Organisation bilden wir eine Macht, womit wir uns bessere Verhältnisse schaffen können und werden. Und dazu ist es hohe Zeit; darum vorwärts! Alles andere ist Nebensache.

### Zur Dynamitexplosion in Hoppede.

Wie bereits in Nr. 8 unseres Verbandsorgans kurz mitgeteilt wurde, ereignete sich am 16. Februar auf der Sprengstofffabrik in Hoppede eine furchtbare Dynamitexplosion. Morgens gegen 7 Uhr erfolgte eine gewaltige Detonation. Die Arbeiter strömten aus den einzelnen räumlich entfernt liegenden Betriebsstätten hinaus ins Freie. Ihnen bot sich ein schrecklicher Anblick dar. Das Menghaus war total vom Erdboden verschwunden. Vier Arbeiter, die sich im Augenblick der Katastrophe darin befanden, waren in Atome zerrissen mit in die Luft geflogen. Zwei weitere mit dem Transport von Materialen beschäftigte Arbeiter wurden schwerverletzt in der Nähe der Unglücksstelle aufgefunden. Die Verdrängung der spärlichen Ueberreste der vier zu Tode gekommenen Opfer fand am Sonntag, den 18. Februar unter allgemeiner Beteiligung der gesamten Bevölkerung statt. Unsere Mitglieder aus den Ortsgruppen Hoppede-Bontkirchen, Alme und Döberg waren zahlreich im Leichenzuge vertreten, um den so plötzlich aus dem Leben gerissenen Kollegen die letzte Ehre zu erwirken.

Nachdem sich nun das Grab über die vier Verunglückten geschlossen, möchten wir der Öffentlichkeit über die Verhältnisse auf der Sprengstoff-Fabrik in Hoppede, und die der Katastrophe kurz vorhergegangenen Maßnahmen der Betriebsleitung einiges unterbreiten.

Die Sprengstoff-Fabriken Hoppede, Aktien-Gesellschaft, Sitz Düsseldorf, betreiben die Herstellung von Dynamitpatronen in zwei selbstständigen Betriebsanlagen. Das eine Werk liegt in Hoppede, Kreis Brilon, das andere in Würgendorf im Siegerlande. Im Frühjahr 1911 wurde der Betrieb in Hoppede stillgelegt. Nachdem im Sommer auf dem Würgendorfer Werk infolge einer Explosion im Selbstbetrieb sechs Arbeiter getötet wurden und dort eine Produktion unmöglich war, wurde der Hoppeder Betrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen. Infolge steten Geschäftsganges suchte man die tägliche Produktion nun bis aufs höchste zu steigern. Im Menghaus und im Selbstbetrieb muß die notwendige Quantität des Sprengstoffes hergestellt werden, die zur Anfertigung der Patronen erforderlich ist. Durch die technischen Einrichtungen ist die Anzahl der beschäftigten Arbeiter auf ein gewisses Maß beschränkt. Eine Erhöhung der täglichen Produktion kann daher nicht durch Einstellung weiterer Arbeiter erzielt werden, sondern durch eine Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters. Durch möglichste Beschleunigung des Mischungsprozesses, durch ständiges Brängen und Einlegung von Ueberstunden wurde nach und nach eine Steigerung der Produktion erreicht. Wurden früher täglich 5-6 Chargen (Mischungen a 500 Kilogr.) hergestellt, so betrug in letzter Zeit die tägliche Produktion 10-11 Chargen. Auch wurde zuerst im Menghaus und dann später im Selbstbetrieb ein Lohnabzug durchgeführt. Die Lohnsumme der Arbeiter wird nach Stundenlöhnen berechnet. Für den zehnstündigen Stundenlohn mußten früher täglich vier, nach dem Abzug fünf Chargen hergestellt werden. Für jede weitere Charge wurde ein Stundenlohn berechnet. Die Sonntagsarbeit wurde vor dem Abzug doppelt bezahlt, nächster einfach. Etwaige Einwendungen der Arbeiter, insbesondere solche gegen die Lohnreduzierungen, wurden von der Betriebsleitung nicht berücksichtigt.

Am 25. Januar d. J. machte deshalb unsere Ortsverwaltung eine Eingabe an die Direktion der Sprengstoff-Fabrik in Hoppede. Darin wurde besonders darauf hingewiesen, daß durch die gesteigerte Arbeitsleistung und Ueberarbeit die gebotene Vorsicht gemindert sei und deshalb als eine außerordentlich erhöhte Betriebsgefahr Platz begriffen haben dürfte. Diese Mahnung fand anscheinend bei der Firma wenig Beachtung. Ihr Antwortschreiben vom 3. Februar enthielt nur den kurzen Hinweis, daß „dem Betrieb Fernstehende“ nicht in der Lage seien, ein selbstständiges Urteil über die internen Angelegenheiten ihres Werkes zu fällen. Vierzehn Tage später slog das Menghaus in die Luft und vier brave Arbeiter mußten ihr Leben lassen.

Unwillkürlich drängt sich da auch jedem „Fernstehenden“ die Frage auf: Wurde es sein? Sind alle Vorsichtsmaßregeln so beachtet worden, wie es in einem so gefährlichen Betriebe nötig ist? Wir wollen hier vorläufig nicht analysieren sondern abwarten, was die Aufsichtsbehörde ermittelt. Doch darauf sei hingewiesen, daß der Bundesrat von seinem Verordnungsrecht für Sprengstoffwerke endlich in dem gebotenen Umfange Gebrauch machen muß. Denn bei der erschreckenden Zunahme der Unglücksfälle ist vermehrter Arbeiterschutz sehr notwendig.

### Aus dem Bezirk Mannheim.

Zu Ruß und Frommen unserer gemeinsamen Sache seien an dieser Stelle einige Licht- und Schattenseiten des Organisationslebens in unserem Bezirk gezeichnet. Soweit sich bis heute übersehen läßt, hat uns das Jahr 1911 trotz erzwungener Stellung wieder vorwärts gebracht. Sowohl an Mitgliedern wie an innerer Kraft. Davon haben jedoch nicht alle Gruppen des Bezirks profitiert. Das ist eine Schattenseite. War sie unvermeidlich? Ohne zu glauben, daß wir keinen Widerspruch aus Mitgliederteilen bekommen, sagen wir nein!

Man komme nicht und sage, ja hier liegen die Verhältnisse ungünstiger als in Mannheim, Karlsruhe oder sonstwo, wo es besser vorwärts ging als „bei uns“. Das sind Einwendungen, die man mit keinem Beweis belegen kann. Im Gegenteil muß gesagt werden, daß nicht allort das nötige Geschick und vor allem der unerlöschliche Wille vorhanden war, daran zu arbeiten.

Es ist schon wiederholt an anderer Stelle betont worden, daß sich in unserem Bezirk an manchen Stellen seit der Anstellung des Bezirksleiters ein ungesundes Ruhebedürfnis geltend machte. Jetzt will ich mal mei' Ruß' habbe, ich hab' lang genug geschafft, so und ähnlich ist es uns schon oft entgegen getönt. „Der Bezirksleiter soll's machen, ich hab's lang genug gemacht“, so brachte man an manchen Stellen sein Verlangen nach einem behaglichen aber gefährlichen „Spießerbafeln“ zum Ausdruck. Selbst bei Arbeiten und Organisationsaufgaben, die zunächst Sache der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute sind. Dabei sind gerade die Gruppen und Vorstände, welche das ganze Jahr bei der geringsten Angelegenheit nach dem Angefallenen rufen, manchmal zu bequem, die einfachsten Anweisungen in Hund- und Ermahnungsform in ihrem eigenen Interesse zu befolgen und auszuführen. Sie vergessen dabei ganz, daß das

auch eine Stütze für sie sein soll, der sie angeblich so oft entbehren. Nicht selten sogar legen überempfindliche Kollegen ernste Ermahnungen als persönliche Abneigung und Uebelwollen, sogenannt mit den „berühmten“ örtlichen Verhältnissen vertraute aber als überflüssig und nicht für passend aus.

Solche Kollegen würsteln dann lieber in planloser Weise von Monat zu Monat weiter, lassen sich von allen möglichen persönlichen Einflüssen, einseitigen Ansichten und Gefühlen leiten und sind dann am Ende vom Jahre genau so weit wie am Anfang. Nicht selten spielen auch gewisse Eifersüchteleien und dergl. eine Rolle und vernichten mit einem Schlage das, was in wochen- und monatelanger mühevoller Arbeit gewonnen wurde. Schauen diese Kollegen dann einmal zurück und neben sich auf andere, dann kann man 100 gegen 1 wetten, daß sie überall „Gründe und Schuldige“ für ihre Stagnation oder gar ihren Rückschritt finden, nur vergessen sie an sich selbst zu denken und mit sich ins Gericht zu gehen.

Erfreulicherweise sind ja nicht alle so in ihrem Pandeln und Urteilen. Die das nicht sind, haben aber auch Fortschritte in ihren Gruppen gemacht. Was aber das Bezeichnendste an der Sache ist: Diese fortschrittlichen Gruppen haben mit fast peinlicher Genauigkeit die Vorschläge, Anregungen und Anweisungen der Bezirksleitung und Zentrale angewandt und durchgeführt! Erfolge haben ferner die Gruppen, die in bezug auf Regelung untergeordneter Organisationsarbeiten und Kleinarbeit sich auf eigne Füße stellten und nicht bei jeder Gelegenheit auf Erscheinen des Beamten drängten und diesen dadurch für wichtigere Aufgaben und Arbeiten frei hielten.

Möchten diejenigen Gruppen und Mitglieder, wo es hierin noch fehlt, sich das hier Gesagte zu Herzen nehmen und in Zukunft mehr als bisher danach handeln. Dann werden auch sie in Zukunft in erhöhtem Maße an den Fortschritten teilnehmen. Wilh. Thelen.

### Aus der Arbeiterbewegung.

#### Die christlichen Gewerkschaften und die politischen Kämpfe der Gegenwart.

Ueber dieses Thema sprach Generalsekretär Kollege Stegerwald am 2. und 3. März in zwei großen, sehr zahlreich besuchten Versammlungen der christlichen Gewerkschaften in Köln und Düsseldorf. Redner behandelte zunächst das Ergebnis und die Begleiterscheinungen der letzten Reichstagswahlen. Das Anwachsen der Sozialdemokratie sei für den genaueren Beobachter der geistigen, politischen und sozialwirtschaftlichen Entwicklung nicht überraschend gewesen. Daß die Sozialdemokratie 1912 mindestens 4 Millionen Stimmen erhalten werde, war vorauszu sehen. Verblüfft hat verschiedenlich nur die Tatsache, daß ihr 110 Mandate zufielen. Davon sei der Sozialdemokratie infolge des Witzes unter den bürgerlichen Parteien ein großer Teil geradezu geschenkt worden. Eine bedenkliche Erscheinung sei weiter die Tatsache gewesen, daß von den Parteien, die gemeinsam auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung und der monarchischen Staatsform stehen, bei dem Wahlkampfe auf die schwierige internationale Lage Deutschlands keinerlei Rücksicht genommen worden sei. Im sozialdemokratischen Lager sei man in weiten Kreisen bange um den letzten Sieg. Man wisse nicht mehr, was man damit anfangen solle. Die Sozialdemokratie sei in nächster Zeit mehr denn je ein Koloß auf tönernen Füßen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam Kollege Stegerwald auf den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager und die damit zusammenhängenden Verdächtigungen der christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Wir werden die programmatischen Ausführungen über diesen Punkt in unserer nächsten Nr. im Wortlaut zum Abdruck bringen.

Zum Schluß besprach Redner sodann die praktischen Aufgaben der nächsten Zukunft auf dem Gebiete der geistlichen Sozialreform und der organisierten Selbsthilfe. In der Sozialpolitik wären als wichtige Aufgaben zunächst in Angriff zu nehmen: 1. Eine bessere Anpassung der geistlichen Sozialreform an die neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklung; 2. das Wohnungsproblem; 3. Ausbau des Einigungswesens, mit einem Reichseinigungsamt an der Spitze; 4. eine Regelung der Arbeitsnachweisfrage. Auf gewerkschaftlichem Gebiet gelte es weiter Aufklärungsarbeit zu leisten, die Arbeitsfreude zu wecken, die Zahl der Mitarbeiter ständig zu vermehren und mit dem einheitlichen Willen zur Tat am weiteren Ausbau unserer Bewegung zu arbeiten. — Beide Versammlungen gestalteten sich zu bedeutenden Kundgebungen für die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung.

#### Eine gewalttätige Unterdrückung des Koalitionsrechts.

Vor einiger Zeit sollte in Rottweil in Württemberg eine von den christlichen Gewerkschaften einberufene Arbeiterversammlung stattfinden, zu der durch die Tagespresse öffentlich eingeladen wurde. Das veranlaßte die Direktion der Rottweiler Pulverfabrik, folgenden Anschlag am schwarzen Brett der Fabrik zu veröffentlichen:

„Wir warnen unsere Arbeiterschaft dringend sowohl vor dem Besuch dieser Versammlung wie vor dem Eintritt als Mitglied in die christliche Gewerkschaft. Wir wissen von befreundeten Fabriken, daß dadurch das gute Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Arbeiterschaft gefährdet wird. Auf ein weiteres Fortbestehen der seitherigen guten Beziehungen zwischen der Geschäftsleitung und den Arbeitern des hiesigen Werkes legen wir sowohl im Interesse der Firma wie besonders der Arbeiterschaft großen Wert.“

Wir haben auch das feste Vertrauen zu unserer Arbeiterschaft, daß sie einer Störung dieser Beziehungen energigsten Widerstand entgegenzusetzen wird. Um jedoch keinerlei Zweifel über unsere Stellungnahme den Gewerkschaften gegenüber aufkommen zu lassen, geben wir schon heute bekannt, daß jeder unserer Arbeiter, der die Bestrebungen christlich-nationaler christlich-sozialer oder sozialdemokratischer Organisationen direkt oder indirekt unterstützt, einer sofortigen Kündigung zu erwarten hat.“

Für das soziale und rechtliche Empfinden der Verwaltung der Rottweiler Pulverfabrik ist es äußerst bezeichnend, daß sie ihren Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht gewalttätig illusorisch zu machen sucht. Helfen wird ihr dies auf die Dauer doch nicht, denn die gewerkschaftliche Bewegung mit solchen Gewaltmaßnahmen zurückhalten zu wollen, ist ein vergebliches Beginnen, wie alle Erfahrungstatsachen gezeigt haben.

### Rundschau.

Im Schneidergewerbe hat die diesjährige Tarif-erneuerung, die sich auf dreißig Städte erstreckt, eine Einigung nicht gebracht. Die Verhandlungen sind nach viertägiger Dauer gescheitert. Unser christlicher Schneiderverband schreibt dazu:

„Nachdem am 24. Februar über sämtliche prinzipielle Streitpunkte eine Einigung erzielt war, hoffte man in Gehilfenkreisen, auch in der Lohnfrage ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen. Die Beratungen der örtlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zeitigten auch in vielen Fällen eine bedeutende Annäherung in der Lohnfrage. Nur in einigen Orten hatten die Beratungen keinen Erfolg und wurden deshalb eingestellt. Der Arbeitgeberverband stellte nunmehr den Gehilfenverbänden das Ultimatum, sich mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Löhne um 5 Prozent auf die Grundlöhne in allen Städten aufziehen zu geben und die Angebote der Arbeitgeber, die auf dieser Grundlage basierten, jedoch auch für manche Städte und in manchen Punkten nur 2-3 Proz. Lohnerhöhung vorsahen, en bloc anzunehmen oder abzulehnen. Detailberatungen der verschiedenen Tarifvorlagen wurden abgelehnt. Dieses Ultimatum der Arbeitgeber konnten die Gehilfenvertreter nicht annehmen, erklärten sich aber bereit, mit den Vertretern der einzelnen Orte auf der Grundlage des letzten Angebotes der Arbeitgeber weiter zu verhandeln, um die Unebenheiten der einseitig von den Arbeitgebern aufgestellten Tarifvorlagen auszumergen. Die Gehilfenvertreter fanden jedoch seitens des Arbeitgeberverbandes kein Entgegenkommen. Die Verhandlungen waren somit gescheitert. Damit sind die Lohnbewegungen in ein Stadium getreten, welches aller Voraussicht nach zu einem schweren Kampfe im Schneidergewerbe führen wird.“

Inzwischen ist nun am 1. März die Arbeitseinstellung erfolgt, so in Köln, Düsseldorf, Krefeld, Bochum, München, Hamburg, Berlin u., im ganzen sind es dreißig große Städte mit einer sehr großen Arbeiterzahl. Wir wünschen den Kollegen einen baldigen vollen Erfolg.

Bei der Lohnbewegung im englischen Bergbau waren bis zum 2. März die Bemühungen der Regierung zur Herbeiführung einer Einigung ohne Erfolg. Im Parlament gab der Ministerpräsident bekannt: „Das Ergebnis der Vermittlungsaktion der Regierung während dieser Woche sei, daß die Grubenbesitzer so gut wie ganz England die Vorschläge der Regierung angenommen hätten. Die Grubenbesitzer von Südwales und Schottland hätten die Vorschläge abgelehnt, u. a. mit der Begründung, daß sie durch bestehende Abmachungen gebunden seien. Die Vertreter der Bergarbeiter hätten die Vorschläge der Regierung abgelehnt mit der Begründung, daß sie nicht geneigt seien, die Höhe des auf der Bergarbeiterkonferenz am 2. Februar festgesetzten Mindestlohnes von Verhandlungen mit den Grubenbesitzern abhängig zu machen oder sie überhaupt einer Revision zu unterwerfen. Unter diesen Umständen habe die Regierung es für zwecklos gehalten, gegenwärtig die Verhandlungen fortzusetzen.“ Wie die Tagespresse berichtet, sind denn auch in England mehrere Hunderttausend Bergleute in den Ausland getreten.

Diese Nachrichten werden nun benutzt, um unter den Bergleuten im Ruhrrevier Stimmung zu machen für einen Streik.

Die Zentralleitung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter wendet sich in einer öffentlichen Erklärung gegen diese trüblichen Mährchen. Darin heißt es u. a.:

„Nach uns zugewandenen Mitteilungen wird an verschiedenen Stellen des Ruhrreviers eifrig gehetzt, um die Bergarbeiter zum Eintritt in den Streik zu bewegen. Wir warnen dringend vor wilden und unüberlegten Streiks. Sie würden nur zum Schaden der Bergarbeiter und ihrer Organisationen ausfallen. Alle denkenden Bergarbeiter müssen deshalb dagegen sein. Wir haben keinen Anlaß, jetzt durch einen Streik uns selbst und unsere Industrie zu schädigen, weil anarcho-sozialistische und sozialdemokratische Heher aus parteipolitischen Gründen den Streik wünschen und herbeiführen wollen.“

Diese Erklärung verdient die Anerkennung aller, die es mit dem Arbeiterstand und seinen Interessen ehrlich meinen. Unsere Kollegen mögen sich vorkommendfalls auch nicht durch sozialdemokratische Heißsporne zu Unflugheiten verleiten lassen, sondern ebenso wie unsere christlichen Bergleute mit Ruhe und Umsicht bestimmen, was ihr Arbeiterinteresse im gegebenen Momente zu tun oder zu lassen ist.

Einer Ausnahmesteuerung sollen die Konsumvereine unterworfen werden. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist nämlich ein Entwurf zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes zugegangen, worin die Regierung den Drängen der Konsumvereinsfreunde nachgegeben und gleich zwei Verschärfungen serviert. Im Paragraph 11 sind als steuerpflichtig die Gewinnanteile der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften aufgenommen, sobald in Zukunft auch die Rückvergütungen der Konsumvereine dem Einkommen gezählt würden. Wenn dieser Entwurf Gesetzeskraft erhält, dann werden die Rückvergütungen der Konsumvereine zweimal besteuert. Erstens beim Einkommen der Mitglieder und zweitens als Reingewinn beim Konsumverein. Dadurch würde die Doppelbesteuerung einer Ersparnis herbeigeführt, ein Konjunktions in der ganzen Steuergesetzgebung. Das ist ein Unrecht, denn die Wissenschaft sowohl wie die höchsten Gerichte haben des öfteren aus dem Wesen der Genossenschaften heraus entschieden, daß die Rückvergütung und der Ueberfluß der Konsumvereine nicht steuerpflichtig sei und nicht sein könnte.

Solange der Konsumverein nur an seine Mitglieder die Waren verteilt, kann kein Reingewinn entstehen, sondern sich nur ein Fonds des gezahlten Ueberpreises der bezogenen Waren ansammeln, der rechtmäßig wieder im Verhältnis zu den gekauften Waren an die Mitglieder zurückgezahlt wird. Diesen zurückgezahlten Ueberpreis als Reingewinn, der versteuerbar sei, zu bezeichnen, ist einfach unsachbar und unlogisch. Wenn durch gemeinsamen Bezug tatsächlich den Mitgliedern der Konsumvereine ein Vorteil in Höhe der Rückvergütung entsteht, ist das kein Einkommen, sondern Ersparnis beim Einkauf ihrer Lebensbedürfnisse. Ziehen wir nun einen sich tausendmal wiederholenden Fall aus dem Wirtschaftsleben heraus. Viele Tagesblätter bringen Anzeigen, wonach ein Gebrauchsgegenstand einzeln zu 3 Mk. und bei 10 Stück zu 25 Mk. angeboten wird. Wenn sich nun 10 Leute 10 Stück zusammen kommen lassen, damit jeder den Artikel zu 2,50 Mk. erhält, wird kein Mensch behaupten, daß diese Leute jezt 50 Pfg. mehr versteuerbares Einkommen haben. Nein, das ist Ersparnis am Einkommen, welches schon versteuert ist.

Wie das neue Gesetz in der Praxis wirken würde, zeigt ein Beispiel in der Februarnummer des „Konsumvereins“. Dort wird durch reichliches Zahlenmaterial bewiesen, daß z. B. der Konsumverein „Wohlfahrt“ in Essen im Jahre 1911 an

Staat und Gemeinde insgesamt 8912,35 M. Gewerbe-, Einkommen-, Warenhaussteuer u. z. zu zahlen hatte. Grund- und Gebäudesteuer sind in der Summe nicht enthalten. Nach der geplanten Gesetzesänderung müßte sie aber 36 000 M. zahlen. Das sei sieben- bis achtmal so viel, wie der Detailhandel zahlt. Diese Steuererhöhung soll dazu nur die Konsumvereine treffen. Die Bezugs- und Absatzgenossenschaften der Landwirte, Handwerker und Detailhändler, die Rabattparvereine der Kaufleute usw. für alle werden nicht davon getroffen. „Gleiches Recht für alle“ sieht anders aus!

Die Konsumvereinsmitglieder sind auf der ganzen Linie in eine Abwehraktion eingetreten und richten an das Abgeordnetenhaus das Ersuchen, die Gesetzesvorlage abzulehnen. Billigerweise muß das von allen ernstlich Denkenden unterstützt werden.

Unter dem Deckmantel „Schutz den Arbeitswilligen“ machten sich Bestrebungen bemerkbar, die auf eine Einigung des Koalitionsrechtes hingen. Dagegen wandte sich das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften und wies darauf hin, daß zur Bekämpfung des sozialdemokratischen Terrorismus die bestehenden Gesetze ausreichen, wenn sie nur angewandt würden. In Nürnberg habe sich z. B. kein Staatsanwalt bereit gefunden, die brutalsten sozialdemokratischen Terrorismustatfälle unter Anklage zu stellen.

Die sozialdemokratische Presse (u. a. Rheinische Zeitung in Köln und Arbeiter-Zeitung in Essen vom 12. Februar 1912) schlüsselt aus den Darlegungen, die christlichen Führer heften gegen das Koalitionsrecht, riefen nach dem Staatsanwalt. Diese Behauptung stellt die Wahrheit direkt auf den Kopf und wird vom Zentralblatt wie folgt zurückgewiesen: Das Geschehen der sozialdemokratischen Presse kann uns fürchtbar gleichgültig sein. Leuten, die das Wort Freiheit schänden, indem sie auf Andersdenkende den brutalsten Gewissenszwang ausüben, die das Wort Brüderlichkeit mit Fäkalen treten, indem sie andersdenkende Mitarbeiter aus Arbeit und Brot drängen, ganze Familien sturpellos dem Hunger überantworten, solchen Leuten steht es wirklich gut an, den Vergewaltigten den Appell an die Gesetze zum Vorwurf zu machen.

Die Zahl der Reichsrentenbezieher ist im Jahre 1911 auf 2 329 500 angewachsen. Diese Renteneinnehmer machten 17 824 000 einzelne Abhebungen. Davon entfallen auf die Unfallentschädigungen 1 130 000 Empfänger und 7 465 000 Abhebungen. Im ganzen zahlte die Reichsrentenverwaltung an Unfallentschädigungen und Invalidenbezügen im Kalenderjahr 1911 fast 290 Mill. M., was eine Vermehrung von nahezu 6 1/2 Millionen gegen das Vorjahr bedeutet. An Unfallentschädigungen wurden über 141 Millionen, an Altersrenten mehr als 13 Millionen, an Krankenrenten mehr als 2 1/2 Millionen, an Beitragsrückstellungen über 9 Millionen von der Post bezahlt. Die höchsten Zahlungen leisteten die Bezirke Dortmund, Düsseldorf und Berlin. Die Altersrenten gehen seit 1897 ständig zurück. Sie betragen damals noch mehr als 24 Millionen. Auch die Krankenrenten sind gegen das Vorjahr um 3 1/2 Proz. zurückgegangen. Die Beitragsrückstellungen haben dagegen um 8 1/2 Proz. zugenommen, offenbar wegen ihrer bevorstehenden Abschaffung. Von den Versicherungsanstalten usw. erhielt die Post 102 1/2 Millionen an Vorstufen, von den Berufsgenossenschaften usw. 142 1/4 Millionen.

Aus der Metallindustrie. Die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft erzielte 1911 ca. 46 Millionen M. Rohgewinn, das sind fast zweieinhalb Millionen M. mehr wie im Vorjahr. An Zinsen und Gehältern, allgemeinen Unkosten, Bergschäden, Wohlfahrtsausgaben und dergl. kommen 6 704 311 Mark, an öffentlichen Lasten einschließlich 500 000 M. zweite Abkündigung zur Einkommensteuer 3 693 898 M. in Abzug, nach 15 Millionen M. Abschreibungen sollen die alten Aktien 10% und die jungen 6% Dividenden erhalten. Wir werden darauf zurückkommen, wenn der ausführliche Geschäftsbericht vorliegt. — Der Abschluß der Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und Westfalen ergab einen Reingewinn von 2 510 953 M. Von diesem Gewinn fließen 505 858 Mark als „Konjunktur-Gewinn“ in die Rücklage II, jedoch diese eine Höhe von 2 792 398 M. erreicht. Als Reingewinn stehen noch 2 005 095 M. zur Verfügung. Nach dem Beschluß der letzten Hauptversammlung sollen aber der Reingewinn für das Jahr 1911, der Dividenden-Ergänzungsbestand, sowie der Erlös aus den zu verkaufenden „Lufas-Werten“ zur Deckung der aus der Einstellung der Zeche Lufas, Zeche Schmelm, Grube Mühlentbach und des Schachtes Wastenberg herrührenden Verluste verwendet werden. Zur Deckung dieser Verluste stehen aus der Bilanz 3 896 661 M. zur Verfügung. Dazu kommt der Erlös aus dem Verkauf der „Konzeptionen Lufas“ mit 750 000 Mark. Insgesamt sind also 4 646 661 M. verfügbar, während für obige Zwecke, einschließlich der weiteren, notwendigen Rückstellungen ungefähr der gleiche Betrag erforderlich sein wird. Mit der Verwendung obiger Summe dürften aber die aus der Stilllegung von Lufas usw. entstandenen Nachteile völlig beseitigt sein. Dividende wird also diesmal nicht gezahlt. — Der Markt-Wesfälische Bergwerksverein in Letmathe verteilt nach rund 250 000 M. Abschreibungen ca. 288 000 M. gleich 6% Dividende. — Das Kadelwerk Duisburg erzielte nach 328 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 460 000 Mark. Die Aktionäre erhalten 14% Dividende. — Der Reingewinn der Elektrotechnischen Fabrik May Schorch & Co. in Rheidt beläuft sich nach 81 121 M. Abschreibungen auf 191 991 Mark, woraus 8% Dividende verteilt werden sollen. 20 000 Mark sollen der Rücklage überwiesen werden. — Der Abschluß der Siegener M.-G. für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkerei in Geisweid ergibt für 1911 nach 80 752 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 220 448 M. Davon erhalten die Aktionäre 162 500 oder 12 1/2% Dividende.

Ueber ein „christliches Arbeitsmonopol“ regte sich vor kurzer Zeit die sozialdemokratische Presse künstlich auf. In Regensburg sollten katholische Unternehmer erklärt haben, nur christlich organisierte Arbeiter in ihren Betrieben einzustellen. Das wurde als brutaler Zwang und Terrorismus verschrien.

Dabei ist es eine bekannte Tatsache, daß in sozialdemokratischen Parteibetrieben nur Sozialdemokraten beschäftigt werden. Wehe dem Parteibetrieb, dem einmal eine Ausnahme von dieser Regel unterläuft. Kürzlich hatte der Parteiverlag F. S. W. in Stuttgart einen Gehilfen eingestellt, der nicht zur Sozialdemokratie gehörte. Flugs wurde in einer Versammlung des sozialdemokratischen Handlungsgehilfenverbandes nach einer scharfen Kritik einstimmig eine Entschließung angenommen, in der mit aller Entschiedenheit dagegen protestiert wird, daß in einem Stuttgarter Betrieb der sozialdemokratischen Partei Handlungsgehilfen angestellt werden, die weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert sind. Gleichzeitig wurde

der Zentralvorstand des Verbandes aufgefordert, die notwendigen Schritte zu tun, um derartige Vorkommnisse unmöglich zu machen.

Ueber den hier geforderten brutalen Zwang und Terrorismus hat sich noch kein sozialdemokratisches Partei- oder Gewerkschaftsblatt entrüstet; diese Arbeitsmonopole sind nach der sozialdemokratischen Moral erlaubt, ja selbstverständlich, während sie als Verbrechen verschrien werden, wenn sie einer anderen Organisation zugute kommen.

Viel Pech hat in letzter Zeit der sozialdemokratische Transportarbeiterverband. Vor kurzem brannte sein Kassierer der Ortsgruppe Duisburg durch. Die leere Kasse lieg er da. Nun erklärt die Ortsgruppe Düsseldorf dieses Verbrechen ein Flugblatt an ihre Mitglieder, in dem es heißt:

„Nach Unterschlagung von 3308,15 M. ist der vor drei Monaten angestellte Kassierer Bernhard Niedzwiedz spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen, die von uns und von der Kriminalpolizei sofort unternommen wurden, sind bis heute ohne Erfolg geblieben. Die Tat des Niedzwiedz ist um so verwerflicher und verabscheuungswürdiger, als die Organisationsleitung diesem Verräther ein Gehalt bezahlte, das die übrigen Angestellten erst im sechsten Jahre ihrer Tätigkeit erreichen. Nicht genug, daß er dem Verbanne die von den Mitgliedern mühsam aufgebrachtten Groschen unterschlug, ließ dieser Unmensch seine Familie mit sieben unermwachsenen Kindern schände im Stich.“

Es fällt uns nicht ein, den „freien“ Transportarbeiterverband für diese „Selbsttaten“ verantwortlich zu machen. Bedenkt man aber, in welcher niedriger Weise die Sozialdemokraten die gerichtlich als elendes Nachwerk bezeichnete „Wolfsbrotschüre“ gegen die christlichen Gewerkschaften ausschalteten, dann ist es gut, die „ehrlichen“ Genossen auf den Stank in den eigenen Reihen hinzuweisen. Das wirkt erzieherisch.

Nicht gut bekommen ist einer „freien“ Gewerkschaft die Wahlhilfe, welche sie der sozialdemokratischen Partei leistete. Die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“ hatte am 30. Oktober vor. Jz. berichtet, die Dresdener Jahrsliste des „freien“ Bauarbeiterverbandes habe beschlossen, 1000 M. dem sozialdemokratischen Wahlfonds zu überweisen. Dieser Beschluß wurde in dem Blatt mit dem Nachsatz bekannt gegeben: „Zur Nachahmung empfohlen!“ Diese offenbar politische Betätigung ist nicht ohne Wirkung geblieben. Die Polizeibehörde forderte darauf von der Dresdener Jahrsliste des Bauarbeiterverbandes die Nennung der Vorstandsmitglieder, weil er sich als politischer Verein betätigt habe, und politische Vereine nach dem Vereinsgesetz zur Einreichung der Vorstandsliste verpflichtet seien. Jetzt merken die Genossen, was sie sich für ein Kuckucksei ins Nest gelegt hatten. Alles Protestieren und Lamentieren war vergeblich. Wegen Verweigerung der Vorstandsliste wurde der Vorsitzende des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, Verwaltung Dresden, zu 15 M. Geldstrafe verurteilt.

Die unehrliche demagogische Agitation der Sozialdemokratie wird von der in Stuttgart erscheinenden „Deutschen Reichspost“ in einer solch treffenden Art beleuchtet, die auch für unsere Kollegen nützlich zu lesen ist. In ihrer Nr. 44 schrieb die sozialdemokratische „Tagwacht“:

„Die Not und der Hunger des Volkes sind zum Wort gelangt. Genosse Böd hat in der Tat in anschaulicher Darstellung dem Haupte die an Hungersnot grenzende Zeuerung aller Lebensmittelpreise vor Augen geführt. Er hat namentlich hinsichtlich der Kartoffeln bewiesen, wie auch diese geradezu dauernde Nahrung des Volkes ihm mehr und mehr entzogen wird. Die Agrarier, von denen er mit Recht sagen konnte, daß sie mitteleidlos sind als der Himmel und seine heißesten Sonnenstrahlen, nehmen der Bevölkerung auch das letzte gewiß armseligste Lebensmittel weg.“

In der gleichen Nr. des sozialdemokratischen Blattes befindet sich aber auch folgende Stelle

„Deutscher Metallarbeiterverband Stuttgart und Umgebung. Samstag, den 24. Februar 1912 findet in der gesamten Gärten der Lieberhalle unser diesjähriger Maskenball statt mit dem Motto: Ein Ausflug zum groben Franzl auf der Kuckuck. Nur Mitglieder und deren Angehörige haben Zutritt. Der Eintrittspreis beträgt pro Person 40 Pfg., an der Kasse 2 M. Programme sind auf dem Bureau sowie bei den Vertrauensleuten erhältlich. Zur Verschönerung des Festes sind 4 Musikkapellen engagiert. Alle Kollegen mit ihren Angehörigen sind freundlichst eingeladen. Die Ortsverwaltung.“

Zu dieser gewiß interessanten Gegenüberstellung bemerkt die „Reichspost“:

„Daß die Arbeiter Maskenbälle veranstalten und dabei über ihre Verhältnisse leben, daraus kann man ihnen keinen besonderen Vorwurf machen; sie ahnen ja nur das Beispiel anderer Kreise nach. Daß sie mit diesen Festlichkeiten die eigentliche Karnevalszeit überschreiten, entspringt vielleicht mehr äußerlichen Ursachen, als einer bewußten Absicht, zu verlegen. Aber daß dieselben Leute, die derartige Festlichkeiten arrangieren und billigen, über Hungersnot klagen, das geht doch über das erlaubte Maß des Selbstwiderspruchs, das man einer politischen Partei zubilligen kann, weit hinaus.“ Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

**Streits und Lohnbewegungen.**

**Streik auf den Schichauwerkten**

Die Arbeiter der Schichauwerkten in Danzig und Elbing traten am 2. März in den Streik, nachdem die Firma die eingereichten Forderungen betr. Regelung des Akkordwesens, der Löhne und der Ueberstundenarbeit abgewiesen hatte. Es handelt sich um etwa 6000 Arbeiter. Zutug ist von Danzig und Elbing streng fernzuhalten.

**Hamm I. W.** Seit längerer Zeit versuchte man bei der Firma Wilms, Restfal, Herbfabrik, den Verdienst der Schlosser zu schmälern. Bei jeder Gelegenheit wurden willkürliche Akkordreduzierungen vorgenommen. Die Arbeiter waren zum Teil unorganisiert und waren daher der Willkür der Firma gegenüber machtlos. Zu Anfang dieses Jahres wurden wieder ohne vorherige Kündigung erhebliche Reduzierungen vorgenommen. Die Schlosser kamen jetzt endlich zur Besinnung und traten bis zum letzten Mann dem christlichen Metallarbeiterverbande bei. Jetzt war die Möglichkeit gegeben, gegen die fortwährenden Verschlechterungen Stellung zu nehmen. Die Firma versuchte, die Sache in die Länge zu ziehen und machte allerhand Ausreden. Die Arbeiter behandelten aber auf sofortiger Regelung und waren nicht gewillt, unter den neuen Bedingungen weiter zu arbeiten. Nach mehrmaligem Verhandeln mit dem Arbeiterausschuß und der Kommission wurde die Sache zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt und die alten Bedingungen

wiederhergestellt. Daraufhin wurde die Arbeit nach stätigem Kampfe geschlossen wieder aufgenommen.

Die Kollegen können mit dem Erfolg zufrieden sein. Sie haben gesehen, was Einigkeit und Geschlossenheit vermag. Hoffentlich bricht sich auch die Erkenntnis in den übrigen Betrieben Bahn, daß nur durch eine geschlossene Organisation etwas erreicht werden kann. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

**Singen a. S.** Die tarifliche Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse hat hier wiederum einen Fortschritt zu verzeichnen. Zwischen den Firmen Paul Waibel & Co. und Philipp Ehinger, mechanische Werkereien und Installationsgeschäfte in Singen einerseits und dem christlichen Metallarbeiterverband andererseits wurde auf dem Wege der Verhandlung durch unsere Bezirksleitung ein Tarifvertrag abgeschlossen, der für die beteiligten Arbeiter und Kollegen einen guten Fortschritt bedeutet.

Der Lohn beträgt nach mit Erfolg bestandener Lehrzeit bis zum 19. Lebensjahre nicht unter 36 Pfg., von da ab nicht unter 43 Pfg.; vom 23. Lebensjahre ab nicht unter 53 Pfg. Gesellen, die jetzt schon 52 Pfg. oder darüber haben, erhalten eine Zulage von 2 Pfg. pro Stunde. Hilfsarbeiter im Alter unter 20 Jahren erhalten nicht unter 33 Pfg., im Alter über 20 Jahren nicht unter 38 Pfg. pro Stunde.

Für Arbeiten in Abgräben, Brunnenlöcher, Senkgruben, gedeckten Kanälen, für Abreißen alter Klotzanlagen werden pro Stunde 10 Pfg. Zuschlag gewährt. Für Reinigen eines Klotzes werden 50 Pfg. vergütet. Für Legen von Holzzement erhält der Geselle 80 Pfg., der Hilfsarbeiter 50 Pfg. Zuschlag pro Tag. Bei Arbeiten außerhalb ohne Uebernachten wird eine Tageszulage von 1,25 M. neben freier Fahrt gewährt. Muß auswärts übernachtet werden, so erfolgt ein Tageszuschlag für ledige Gehilfen von 2,— M., für verheiratete von 2,50 M. An besonders teuren Orten nach Vereinbarung. Bei Streitigkeiten, die aus dem Vertrage entstehen können, werden diese mit dem Arbeiterausschuß geregelt; wird hier keine Einigung erzielt, so soll ein Vertreter der Bezirksleitung des Verbandes hinzugezogen werden. Der Vertrag läuft bis zum 31. März 1913, an welchem Tage auf Veranlassung des Verbandes süddeutscher Blechener, Flaschner usw. Meister alle Tarife ablaufen, um eventl. einem Einheitsstarife Platz zu machen. Bei Nichtkündigung gilt er ein Jahr weiter.

Die Kollegen müssen jetzt durch unablässige Agitation und treues Festhalten an ihm den christlichen Metallarbeiterverband weiter stärken, dann wird es im hiesigen Bezirk noch mehr gelingen, eine bessere Regelung der noch vielfach sehr im Argen liegenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zutug fort.

**Meppen.** Die Meppener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

**Zwifringen.** Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zutug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

**Stegen.** Die Stegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Verzinkerei in Geisweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

**Frier.** Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

**Rheim.** Bei der Firma Cöppicus-Röttger sind Differenzen ausgebrochen.

**Wengeru a. d. Ruhr.** Ueber das Stahlwerk Mark ist die Sperre verhängt.

**Werbohl.** Die Firma Gonsel in Goecking ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

**Danzig-Elbing.** Die Arbeiter der Schichauwerkten stehen wegen Abweisung der eingereichten Lohnforderungen im Streik.

**Mün.** Die Arbeiter der Firma Ed. Mayer & Comp. stehen in Kündigung. Zutug ist streng fernzuhalten.

**Zuzug ist fernzuhalten.**

**Schweizer.** Die Differenzen bei der Schweizer-Nalinger Maschinenbau-Aktiengesellschaft sind beigelegt; die Sperre ist aufgehoben.

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 10. März 1912 der elfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. März 1912 fällig.

**Duisburg-Werdingen.** Das Mitglied Franz Gau, Buchnummer 140 712, wird wegen Schädigung der Verbandsinteressen hiermit ausgeschlossen.

**München.** Das Mitgliedbuch Nr. 30 667, ausgestellt auf den Namen Nikolaus Beer, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Freising.** Fast vollständig hatten sich unsere Kollegen zu dem am 27. Januar abgehaltenen Generalversammlung eingefunden. Dem Jahresrückblick des Vorsitzenden Kollegen Böd entnehmen wir, daß auch unsere Ortsgruppe immer mehr voran schreitet und schon schöne Erfolge aufzuweisen hat. Nach dem vom Kollegen Meindl erichteten Kassierenbericht wurden für die Hauptkasse eingenommen 1475,— M., davon wurden ausgegeben 895,65 M. und an die Zentrale abgeführt 579,35 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 648,07 Mark und eine Ausgabe von 491,50 M., demnach einen Kassensstand von 156,57 M. Allein für Erwerbslosenunterstützung wurden ausgezahlt 558,90 M. Neuaufnahmen hatten wir 17 zu verzeichnen, abgereist und ausgetreten sind insgesamt 16 Mitglieder. Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 46 Erwachsene und 4 Jugendliche.

Namens der Mitglieder dankte Kollege Hempfer dem Vorstand für seine Arbeit im Interesse des Verbandes. Aus der

Neuwahl gingen dann hervor die Kollegen Böd und Trä als Vorsitzende, Meindl als Kassierer, Stiel und Lantsch als Schriftführer und Mieger und Seidenpinner als Revisoren. Zu Kartellbelegierten wurden die Kollegen Böd, Meindl, Kraft und Trä gewählt. Kollege Wagner-München begriffte nun die neugewählte Vorstandschaft und hat sie, einmütig zusammen zu halten zu rastloser Arbeit. Dann würden zu den schönen Erfolgen der Ortsgruppe noch größere und schönere hinzukommen. Zum Schluß forderte er alle Kollegen zu reger und unerbittlicher Mitarbeit für unseren christlichen Metallarbeiterverband auf. Wir dürften nicht eher ruhen, bis wir alle die uns noch fernstehenden Kollegen als Mitarbeiter für unsere gemeinsame Sache gewonnen hätten. Unsere Parole sei: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

**Höchst a. M.** Weit größeres Interesse müssen die Kollegen in der Folge ihrer Organisation entgegenbringen, wenn wir Schöpfer in der Vorwärtsentwicklung unserer Ortsgruppe mit den Kollegen anderwärts gleichen Schritt halten wollen. Auf unserer Generalversammlung am 4. Februar war nur ein Viertel der Mitglieder anwesend. Das beweist, daß viele Kollegen ihrer Ständesorganisation noch nicht das nötige Interesse entgegenbringen. Nach dem vom Kollegen Knobling erstatteten Jahresbericht zählte unsere Gruppe am Schluß des Jahres 1910 78 Mitglieder; dem Zuwachs von 18 in 1911 stand ein Verlust von 14 gegenüber, sodaß wir das Berichtsjahr mit einem Bestand von 82 Mitgliedern abschlossen. Mitgliederversammlungen wurden 10 abgehalten, der durchschnittliche Besuch betrug nur 15 Kollegen. Vorstandssitzungen haben 12 stattgefunden. Nach dem vom Kollegen Brendel erstatteten Jahresbericht hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 2393 M. und eine Ausgabe von 1230 M.; an die Zentrale abgeandt wurden 1163 M. Die Einnahmen der Lokalkasse belaufen sich auf 1232 M., die Ausgaben auf 809 M.; sie hat mithin einen Bestand von 423 Mark. Unser Vorsitzender bemerkte zu dem Jahresbericht, daß wir im letzten Jahre sehr viele Kranke Kollegen zu verzeichnen hatten und daher das angesetzte Krankengeld die hohe Summe von 700 M. erreicht habe. Es ist dies eine außergewöhnliche Leistung für unsere kleine Zählstelle und eine große Summe, die dem Kriegsschicksal entzogen würde. Hierauf verlas der Schriftführer Kollege Kammerer die Protokolle vom letzten Jahre, welche alle genehmigt wurden.

Zur Vorstandswahl übergab Kollege Knobling dem Kollegen Hainz-Frankfurt, welcher auch anwesend war, den Vorsitz. Kollege Hainz stellte fest, daß die seitherigen Vorstandmitglieder ihre Pflicht getan hätten und erklärte, daß es im Interesse der Ortsgruppe sei, womöglich den alten Vorstand zu behalten. Der Klimatestimmung wurde der alte Vorstand, bestehend aus den Kollegen: Jakob Knobling 1. und Karl Schmecke 2. Vorsitzender, Johann Brendel Kassierer, Georg Kammerer Schriftführer, Alex Hornung und Heinrich Fay Revisoren, wiedergewählt. Sämtliche dankten für das geschenkte Vertrauen und versprochen, auch in diesem Jahre mit regem Eifer und Interesse für den Verband zu arbeiten. Unter Punkt Verschleues wurden verschiedene Wünsche und Anträge erledigt. Kollege Hainz sprach das Schlußwort. Er zeigte durch seine Ausführungen, wie notwendig, namentlich in der jetzigen bewegten Zeit, die Organisation ist. Gerade für die christlichen Arbeiter seien die christlichen Organisationen von größter Bedeutung. Der Terror der sozialdemokratischen Gewerkschaften überschreite schon bald die Grenzen des Erträglichen; deshalb sei es doppelte Pflicht, daß sich jeder christliche Arbeiter seiner christlichen Berufsorganisation anschließt. Gewissenspflicht für jeden Kollegen sei es, tatkräftig Mitarbeit für seinen Verband zu leisten. Kollege Knobling dankte dem Kollegen Hainz für seine beherzigenswerten Worte und richtete die Bitte an die Kollegen, auch ihn in diesem Jahre in jeder diesbezüglichen Arbeit zu unterstützen.

Kollegen von Höchst, diese Versammlung und die Worte, welche hier gesprochen wurden, müssen jetzt in die Tat umgesetzt werden. Zeigt mehr Interesse an eurer Ständesorganisation besucht die Mitgliederversammlungen besser und pünktlicher wie bisher. Denn so kann und darf es nicht mehr weiter gehen, daß die Versammlungen nur von 10—15 Kollegen besucht werden. Es müßten sogar Versammlungen ausfallen wegen zu geringen Besuches. Es ist dies ein beschämendes Zeugnis für eine Ortsgruppe, zumal für unser Fabrik- und Industrie-nähtchen Höchst. Also Kollegen, macht diesem Schandbrian ein Ende. Vorwärts nicht rückwärts, sei unsere Parole!

**Bassau.** Am 28. Januar hielt unsere Zählstelle ihre Generalversammlung ab. Der Besuch war erfreulich gut. Dem Jahresbericht entnehmen wir, daß die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres etwas zurückgegangen ist. Die Schuld liegt an den Kollegen selbst, da die meisten der Meinung sind, wenn sie nur ihre Beiträge zahlten, hätten sie ihre Pflicht dem Verbands gegenüber getan. Von einer Mitarbeit zur Stärkung unserer Zählstelle wollte keiner etwas wissen. In diesem Punkte muß es in Zukunft entschieden besser werden, sonst schädigen die Kollegen sich selbst. Der Rechenschaftsbericht fiel etwas besser aus. Der Bestand der Lokalkasse ist von 27 M. auf 106 M. gestiegen. Die Vorstandswahl ergab eine kleine Änderung. Der bisherige Vertrauensmann Kollege Leisinger wurde zum Kassierer, Kollege Aigenbrenner zum Schriftführer gewählt. Kollege Schreiber aus München referierte darauf über die Pflichten der Mitglieder dem Verband gegenüber. Er zeigte treffend, daß es mit dem Beitragszahlen allein nicht getan sei, sondern jeder Kollege mitarbeiten müsse am Ausbau unseres Verbandes. Zu jeder seine Pflicht, dann werde auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo für die Kollegen in Bassau bessere Verhältnisse geschaffen werden könnten. In der heiligen Maschinenfabrik sei ja sehr vieles verbesserungsfähig. — Und nun, Kollegen von Bassau, weg mit dem alten Schandbrian. Gehen wir frisch an die Arbeit heran, dann werden auch wir demnächst Erfolg sehen!

**Delde I. M.** In der diesjährige Generalversammlung am 4. Februar erfreute sich eines guten Besuches. Der Kassierer Kollege Bäumer erstattete den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Hauptkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 5810,60 M. Für Unterstützungen wurden ausgeben bei Krankheit 342,90 M., bei Arbeitslosigkeit 38.— M., bei Arbeitsregelung 14.— M., für Reiseunterstützung 9.— M., für Arbeitslos 20 M., und Sterbegeld 60 M. An die Zentrale abgeandt wurden 4491,62 M.. Die Lokalkasse bilanziert mit 1671,78 M. Sie wies am 1. Januar 1912 einen Bestand von 467,60 M. auf gegen 272,85 M. am 1. Januar des Vorjahres. Auf Antrag der Revisoren erteilte die Versammlung dem Kassierer einstimmig Entlassung. Den vom Vorsitzenden, Kollegen Holznieken, erstatteten Jahresbericht entnehmen wir, daß der Mitgliederbestand am 1. Januar 1911 181 betrug; neu aufgenommen wurden 88, zugeworfen sind 7, übergetreten 1, Zugang zusammen 96; ausgeschieden bzw. gestrichen wegen Nichtzahlen der Beiträge sind 37, abgetrennt 28, zum Militär berufen wurden 5, gestorben sind 2 Kollegen; Abgang zusammen 69.

Wir schließen also am 1. Januar 1912 mit 210 Mitgliedern ab. Im Monat Januar dieses Jahres haben wir 11 Neuaufnahmen und 2 Uebertritte zu verzeichnen, sodaß wir mit dem Beginn des neuen Jahres gute Fortschritte aufzuweisen haben. Es wäre zu wünschen, daß diese Entwicklung das ganze Jahr so anhält, dann würden am Schluß des Jahres 1912 hier in Delde unorganisierte Metallarbeiter nicht mehr anzutreffen sein. Krankheitsfälle und Arbeitslosigkeit hatten wir verhältnismäßig nur wenige zu verzeichnen, sodaß wir in der Lage waren, eine ahnenswerte Summe zur Stärkung des für den ehrlichen Frieden so dringend notwendigen Kriegsschatzes an die Zentrale zu senden.

Versammlungen wurden abgehalten: eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung, in welcher Bezirksleiter Dittler und Sekretär Oberhoffel referierten. Mitgliederversammlungen fanden 12 statt, in denen je ein Vortrag gehalten wurde und zwar meistens von Gewerkschaftsbeamten. Der Besuch dieser Versammlungen war stets 55—60 Prozent. Die Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, deren 11 stattfanden, wiesen stets einen guten Besuch auf. Ferner wurden noch 14 Werkstättversammlungen abgehalten. An Lohnbewegungen hatten wir vier zu verzeichnen, welche sämtlich ohne Streik und mit gutem Erfolg für die Kollegen endeten, nur die Bewegung bei der Firma Maestrup und Otterlede hat ihren Abschluß bis heute noch nicht finden können, da die Firma die versprochene Lohnsteigerung noch nicht allen in Frage kommenden Arbeitern hat zukommen lassen. Wir haben uns in Delde als Organisationsleiter Anerkennung verschafft und wissen, an wen wir uns zu wenden haben bei vorkommenden Differenzen.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder und Kassierereisen. Der Vorsitzende hat dann die wiedergewählten Kollegen, auch in Zukunft sich als treue und eifrige Arbeiter im Dienste des Standes und der Organisation zu bewähren. Jeder müsse alles daran setzen, ein ganzer Mann auf seinem Posten zu sein. Aber auch alle übrigen Mitglieder müssen mitarbeiten, wenn es vorwärts gehen soll. Besonders in der Agitation bedarf es der Mitarbeit aller. Wir haben hier einen guten Stamm von jungen Kollegen, aber es muß alles daran gesetzt werden, die Reihen der Jugendlichen weiter zu stärken. Pflicht der älteren Kollegen, die Väter von erwachsenen Söhnen sind, ist es, diese dem christlichen Metallarbeiterverband zuzuführen. Auch in ihrem Verhalten auf der Arbeitsstelle sollten die Kollegen das Sprichwort beherzigen: „Der die Jugend hat, hat die Zukunft.“ Es wurde dann noch besonders empfohlen, das fleißige Lesen des Verbandsorgans und der Gewerkschaftsliteratur, auch das Maßhalten im Trinken, da doch nur nüchternere Männer ihre Berufs- und Ständepflichten voll und ganz erfüllen und ihre wirtschaftlichen Interessen richtig wahrnehmen könnten. Kollege Oberhoffel wies auf die erfolgreiche Arbeit der Delder Kollegen hin, die diese in den 5 Jahren des Bestehens der Ortsgruppe geleistet haben. Er gab noch manche Winke und Ratschläge für eine erfolgreiche Weiterarbeit. Ganz besonders müssen die Delder Kollegen mithelfen, daß auch die Metallarbeiter aus den unliegenden Dörfern aufgesucht und für unsere Sache gewonnen werden. Der Vorsitzende schloß mit der Aufforderung die in der Generalversammlung gefaßten guten Beschlüsse nun auch in die Tat umzusetzen und treu und geschlossen zusammenzuhalten in allen Wechseln des Lebens. Nun aber, Kollegen von Delde, an die Arbeit. Auf zu neuen Erfolgen!

**Krefeld.** Mehr und mehr scheint sich jetzt auch in Krefeld der Haß bei unseren Gegnern, insbesondere bei deren Führerschaft gegen uns zu entfesseln. Das ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß wir nun einmal auch hier nicht gewillt sind, nach der Genossenschaft zu tanzen. Es ist das den Herren als unbedeutend und deshalb verlegen sie sich aufs Schimpfen. „Streik- bzw. Sperrbrecher“ hat man uns schon im August vorigen Jahres hinzustellen versucht, getraute sich jedoch nicht, das in der Presse zu tun. In ihren Versammlungen glaubten die Genossen, dies ohne Gefahr machen zu können. Nun, in den gemeinschaftlichen Versammlungen haben wir die „Freunde“ dafür genügend zurechtgewiesen. Neuerdings verlegt man sich denn mehr aufs persönliche Schimpfen. Hierfür ein drastisches Beispiel:

Am Montag den 12. Februar fand für die Arbeiter der Firma F. A. Daubenberg eine gemeinschaftliche Betriebsversammlung statt. Zweck dieser Versammlung war, zu einigen Mißständen Stellung zu nehmen. Nachdem die Angelegenheit genügend besprochen, wurde der Ausschuß beauftragt, anderen Tages bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden. Damit war die Sache über die Dinge in dem Betrieb erledigt. Für die christlich organisierten Arbeiter kam aber noch ein zweites in Frage, was unbedingt im Interesse eines gemeinschaftlichen Vorgehens erledigt werden mußte. In letzter Zeit waren nämlich gegen die christlichen Arbeiter und deren Führer alle möglichen Verdächtigungen seitens einiger rot organisierter in Betriebe ausgestreut worden. Um nun diese Angelegenheit klarzustellen, verlangte ein christlicher Kollege mit Recht, sich jetzt einmal über die Dinge auszusprechen. Es handelte sich dabei um folgendes: Anlässlich des Streiks bei der Firma Schroers soll ein Arbeiter, welcher angeblich acht Jahre bei den Genossen organisiert ist, einige Streikbrecher beleidigt haben. Der Kollege wurde hierüber vor Gericht geladen. Er stellte insoweit sein Verleumdung einen Antrag um Rechtschutz, der ihm jedoch nicht gewährt wurde. Kurz vor dem Termin nun, am 20. Januar, kam der Kollege in Begleitung eines anderen rot organisierten nachmittags auf unser Verbandsbüro und trug unsern Vertreter Kollegen Siegel die Sache bezüglich Verweigerung des Rechtschutzes vor. Hinzukam noch, daß er auch angab, um einen Teil der ihm statutarisch zustehenden Streikunterstützung zu kurz gekommen zu sein. Auch der andere gab an, ihm seien ungerechter Weise 280 M. Streikunterstützung entzogen worden und er sei gleichfalls 8 Jahre Mitglied des freien Verbandes. Die beiden Kollegen betonten, daß es jetzt Schluß mit ihrer Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband sei. Siegel sagte ihnen, ihr müßt ja wissen, was ihr zu tun habt. Ja, das wissen wir, nach der Bewegung kommen wir zu ihnen, war die Antwort.

Am 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt, wo Kollege Siegel unter anderem auch auf die Bewegung von Schroers zu sprechen kam und dieses Vorkommnis den Kollegen mitteilte. Am nächsten Tages hielten unsere Kollegen das den Genossen im Betriebe vor. Die Genossen gerieten in Wut. Schnell wurde die Kiste umgekrempelt und Siegel untergehoben, er hätte die beiden roten Kollegen gekauft, um Verwirrung in die Reihen der Genossen zu bringen. Das war eine echt rote Verdächtigung. Hier in der Betriebsversammlung konnten diese Dinge geklärt werden, das war ein billiges Verlangen unserer Kollegen. In Hand des hiesigen und fleißigen Materials, welches unser Vertreter den Herren Genossen vorlegte, mußten dieselben einsehen, daß die vor ihnen gemachten Verdächtigungen

eine Vergewaltigung der Wahrheit bedeuteten. Zum Schluß stellte denn auch Kollege Siegel fest, daß damit die Sache als erledigt zu betrachten sei. Kuhwald, Vertreter des roten Metallarbeiterverbandes, machte allerdings frampfhafte Bemerkungen, die Amalie abzuschnücheln, es konnte aber alles nichts nützen. Mit Schluß der Versammlung kam das schönste. Kuhwald meinte nämlich zu Siegel: „Damit hast Du unsere Sache (gemeint ist die erste Verhandlung) verdorben.“ „Nein,“ sagte Siegel, „das hat damit nichts zu tun und das letztere ist für uns erledigt.“ „Nein,“ schrie Kuhwald und sprang auf Siegel, welcher etwa 3 Meter von ihm ab stand, zu, „es ist noch nicht erledigt! Du Jesuit! Du Verdammter!“

„Freund,“ sagte Siegel, „dafür bekomme ich Dich an anderer Stelle.“ Darauf wurde der Genosse wild. Die Hände krallend, sprang er um Siegel herum und polsterte weiter: „Du Berräter! Jesuit! Salunkel! — Seht, Kollegen, so machen's die christlichen Salunkel! — Bei Daubenberg habt ihr uns verraten. . . . Ruckt dem Kerl,“ auf Siegel hinweisend, „nur mal in die Augen, so seht ihr gleich was los ist.“ Zu dem christlichen Kollegen, welcher die Sache angeschaut hatte, meinte der rasende Genosse: „Früher hielt ich dich für einen ehrlichen Kerl, aber heute hast du dich schon zu viel mit Siegel eingelassen.“ Kuhwald handelte hier also auch nach dem Grundjah: den Massen schmeicheln, die Führer vor den Bauch treten. Der in Frage kommende Kollege ist seit Januar Vorsitzender und somit hat Kuhwald daneben geschmeichelt. Im Kreise seiner Genossen stehend, meinte Kuhwald höhlich: „Ach, wenn dies der Nazarener wüßte, daß er so 'ne Sorte Christen hätte!“ Daß es nicht zu Täuschungen kam, ist nur der Ruhe und Besonnenheit der christlichen Kollegen zu verdanken.

Der Vorfall ist wieder ein neuer Beweis dafür, von wem! einem geradezu abgrundtiefen Haß jene Klassenkämpfer gegen Andersdenkende erfüllt sind. Für die christliche Metallarbeiterschaft von Krefeld sei das ein Fingerzeig, wofür der Weg im roten Lager führt. Nicht leuchtend, sondern nur die positive Mitarbeit im christlichen Metallarbeiterverband ermöglicht es den Kollegen, diesem Treiben der Genossen mit Erfolg entgegenzuarbeiten. Darum an die Arbeit! Auf zur Tat!

**Dortmund.** Am 3. Februar fand im christlichen Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt. Kollege Kreil erstattete den Tätigkeits- und Jahresbericht. Demselben ist zu entnehmen, daß wir zwar in unserer Mitgliederzahl vorwärts gekommen sind, jedoch unsere Erwartungen nicht vollkommen erfüllt wurden. Insbesondere war es das 2. Halbjahr, welches einen Stillstand in unserer Ortsverwaltung brachte. Die Agitation wurde ungünstig beeinflusst durch den Streik auf der hiesigen Zinkhütte, der leider nicht mit Erfolg durchgeführt werden konnte, da sich eine zu große Anzahl zweifelhafter Elemente fanden, die den streikenden Arbeitern in den Rücken fielen. Die nach dem trockenen und heißen Sommer sofort einsetzende Teuerung erschwerte, wie allerorts, so auch hier die Agitation. Allerdings darf nicht mangelnd gesprochen bleiben, daß leider ein Teil der Kollegen entweder gar keine oder nur mangelhafte Mitarbeit einbrachten. Die starke Inflation kann nur eingedämmt werden, wenn ein besserer Versammlungsbefuch zu erzielen ist. Es ist ausgeschlossen, daß ein Kollege dauernd Mitglied der Organisation bleibt, der niemals die Versammlungen besucht und vielleicht auch sein Verbandsorgan nicht liebt. Auf die Ausgestaltung der Versammlungen soll in diesem Jahre besonderer Wert gelegt werden. Es fanden im vergangenen Jahre 17 öffentliche, 198 Werks-, 216 Mitglieder-versammlungen und 111 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen statt. Diese große Anzahl legt Zeugnis dafür ab, daß der Vorstand nichts unversucht ließ, die Agitation zu beleben und die Mitglieder zu schulen und zu bilden.

Der Kampf mit dem sozialdemokratischen Gegner war ein überaus heftiger. Die Erziehungsfrüchte der Dortmunder Arbeiterzeitung machen sich allenthalben bemerkbar und bewirken eine Verrohung ihrer Leser, die sich dann im Verhalten zu den christlichen Arbeitern anspricht. Genügt hat es allerdings den Genossen nichts, ihre Mitgliederzahl ist sogar vor der Schwindsucht erfaßt worden.

Die Einnahme der Hauptkasse aus dem Markenverkauf belief sich im Jahre 1910 auf die Summe von 19893,50 M., in diesem Jahre auf 24466,60 M. An Unterstützungen wurden im verfloffenen Jahre aus der Hauptkasse die Summe von 8251,81 M., dazu noch aus der Lokalkasse 993 M. bezahlt. Diese Zahlen beweisen, daß ein erheblicher Teil der Beiträge den Mitgliedern direkt durch Unterstützungen wieder zu gute gekommen sind. An den im vergangenen Jahre geführten Bewegungen waren 641 Mitglieder beteiligt. Für dieselben wurden an Lohnhöhen und Abwehr von Lohn- und Akkordabzügen die Summe von 25 600 M. gewonnen. Viele Vorteile, die errungen wurden, lassen sich nicht berechnen und durch Zahlen erfassen. Zudem wurden eine Reihe technischer und sanitärer Verbesserungen erreicht. Diese Erfolge der gemeinschaftlichen Tätigkeit können uns angesichts der noch mangelhaften Organisationsverhältnisse voll befriedigen. Kollege Kreil wies noch darauf hin, daß die politische Erregung jetzt vorüber sei und deshalb mit besonderer Kraft an der Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation gearbeitet werden müsse. Er schloß mit den Worten: „Mitglieder an's Werk, Vertrauensmänner vor die Front!“

Die lebhafteste Diskussion verlief sehr anregend. Es wurde besonders auf die Gewinnung der Jugend hingewiesen. Dem Geschäftsführer wurde auf Antrag Entlassung erteilt. Die Vorstandswahl zeitigte die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Hierauf referierte Kollege Alf aus Hagen über das Thema: „Die Lösung der sozialen Frage“. Das Referat fand seitens der Versammlung lebhafteste Aufnahme und Interesse. Der Vorsitzende schloß die anregend verlaufene Versammlung dann nach einigen geschäftlichen Mitteilungen mit einem nochmaligen Appell an die Kollegen, mit Begeisterung und Opferfreudigkeit an der Ausbreitung und Stärkung unserer Organisation zu arbeiten.

**Röln.** Die runde Entwicklung der Konjunktur in der Metallindustrie in Verbindung mit einer alle Kräfte anspannenden Tätigkeit hat uns hier selbst auch im Jahre 1911 vorwärts gebracht. Die Geschäftsleitung lag in den Händen von drei Lokalbeamten. Alle sind sowohl in der inneren Verwaltung als auch in der Agitation tätig. Diesen zur Seite stehen neben unseren Vorständen und Vertrauensmännern noch ein Einfassierer und eine Bürokräft. Die Beamten nahmen teil an 810 Versammlungen und Sitzungen. Verhandlungen mit Unternehmern wurden 44 geführt. An Korrespondenzen waren 8091 Ausläufe zu verzeichnen. Birta 30 000 Flug-schriften wurden im Bezirk und an unsere Mitglieder verteilt. In den Sektionen wurden zur Belebung der Agitation und zur Belebung unserer Mitglieder 684 Mitgliederversammlungen und Sitzungen, 70 öffentliche Versammlungen und 748 Fabrikversammlungen abgehalten. Letztere dienten auch vor-

nehmlich der Erfassung bzw. Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dagegen das Resultat dieser Arbeit befriedigend, wäre dasselbe in agitativer Hinsicht ein günstigeres gewesen, wenn die Hausagitation mehr gepflegt worden wäre. Die verschiedensten Anregungen und guten Ansätze sind nicht ganz und voll durchgeführt worden. Es kann aber nur eiferner Wille und beharrliches Schaffen hier den nachhaltigen Erfolg zeitigen; deshalb müssen in diesem Jahre die einzelnen Sektionsvorstände mit aller Energie jetzt schon anfangen, das auf diesem wichtigen Gebiete versäumte nachzuholen.

Auch der Versammlungsbesuch und erst recht der Besuch der Sitzungen sind geeignet, den Kreis unserer Mitarbeiter zu vergrößern. Die Vertrauensmänner müssen hier mit einem guten Beispiel vorangehen, damit eine Wendung zum Besseren eintritt. Je mehr Mitarbeiter, um so größer der Erfolg.

Köln, die Metropole am stolzen Rheinstrom, hat eine ziemlich weit verzweigte Industrie. Die Betriebe ziehen sich wie ein gewaltiges Netz weit um die Stadt herum. Das verursacht manche Hindernisse, namentlich ist die enge Fühlungnahme mit Verwaltung und Kollegenschaft dadurch erschwert. Trotzdem ist als Frucht der eifrigen Mitarbeit unserer Vertrauensmänner eine Mitgliederzunahme von insgesamt 1642 am Jahreschluss zu verzeichnen. Das könnte uns einigermaßen befriedigen, wenn nicht gerade hier in Köln eine so starke Fluktuation innerhalb unserer Reihen vorhanden wäre. Allein die Zahl der zu- und abgereisten Kollegen betrug 396. 10 Kollegen wurden durch den Tod abberufen. Die Reingewinnung unseres Mitgliederbestandes beträgt 889. Auch die Jugendklasse hat hier selbst ganz ansehnliche Fortschritte im verfloßenen Jahre gemacht.

In gesunder Weise hat sich innerhalb unserer hiesigen Kollegenschaft der Opfergeist für unsere Gewerkschaft entwickelt. Mit Ausgang September wurde der Lokalausschlag auf 20 Pfg. pro Woche erhöht. Die Kollegen haben sich keineswegs der Dringlichkeit dieser Erhöhung verschlossen. Dasselbe ist denn auch nicht zum Schaden unserer Bewegung und der Mitglieder. Wurde doch erreicht: 1. Der Anschluss an die Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit der Stadt Köln. Die Unterstützungsbeiträge betragen 4,50 M. bis 9.— M. pro Woche. 2. Die Errichtung eines Sekretariats in Mülheim am Rhein und 3. eine gesunde Fundierung unserer Lokalkasse. Die Erhöhung blieb auf unsere Einnahmen nicht ohne Wirkung. Aber auch ohne sie kan. hier eine Steigerung festgestellt werden. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betragen 57 027,02 Mark, die der Lokalkasse 16 040,79 M. Da nun unsere Mitglieder die Steuerkraft unseres Verbandes darstellen, sie allein den Verband bilden, so ist natürlich, daß alle Einnahmen und Ausgaben ihnen allein nur zu Gute kommen. Neben den 29 312,56 M., welche an die Hauptkasse gesandt worden sind, bilden den Schwerpunkt der Ausgaben die Unterstützungen. Aus der Hauptkasse wurden bezahlt: An Unzulags- und Reiseunterstützung 836,50 M., an Streit- und Maßregelungsunterstützung 6310,52 M., an Sterbegeld 380 M., an Rechtschutz 91 M., an Notfallunterstützung 235,44 M., an Arbeitslosenunterstützung 1378,06 M. Die höchste Summe erforderte die Krankenunterstützung mit 10 717,87 M. So war der Verband den Familien unserer Mitglieder ein starkes Rückgrat in den Tagen der Not. Trotz enormer Ausgaben stieg der Lokalkassenbestand von 976,48 M. auf 3660,21 M. am 31. Dezember 1911.

Mit dem Einsetzen der guten Konjunktur versuchten die Kollegen die Schäden, welche die Krise ihnen gebracht hatte, wieder zu beheben. So war das Jahr 1911 an Lohnbewegungen reicher als je eins zuvor. Allein im Gebiete der Verwaltungsstelle wurden 40 Lohnbewegungen durchgeführt. Von diesen waren 9 mit einem Streit verbunden. Im ganzen waren organisierte Kollegen beteiligt: von unserem Verband 781, von anderen christlichen Verbänden ca. 500, vom sozialdem. Metallarbeiterverband 2123 und vom Gewerbeverein Hirsch-Dunker 209; die Gesamtzahl der beteiligten Arbeiter betrug 7 023. Es wurden durch diese Bewegungen 2 168,70 M. pro Tag oder 676 634,40 M. pro Jahr an Lohnerhöhungen für die beteiligten Arbeiter erreicht. Von den 5 Tarifbewegungen konnten 3 mit einem Tarif abgeschlossen werden. Außer den Lohnerhöhungen wurden für 930 Arbeiter 2 440 Stunden pro Woche oder jährlich 126 880 Stunden an Arbeitszeitverkürzung erreicht. Diese Zeit können nunmehr die Arbeiter ihrer Familie und ihrer eigenen Fortbildung widmen. In vier Fällen konnten Abzweige abgewehrt werden.

Unter den weiteren Erfolgen des Verbandes sind zu buchen Zuschläge für Überzeitarbeit, achtstündige Lohnung, Verbesserungen in sanitärer Hinsicht. Auch konnten in verschiedenen Fällen Maßregelungen rückgängig gemacht werden. Gerade letztere Fälle haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Arbeiter in der Gewerkschaft einen festen Rückhalt haben. So kennzeichnet sich der Einwand, „wenn ich organisiert bin, muß ich den Betrieb verlassen“, als eine Phrase, ein Vorwand, um sich an seinen Standespflichten vorbeizudrücken.

Beachtenswert sind die Kämpfe um das Koalitionsrecht, die unser Verband im letzten Jahre hat führen müssen. In Troisdorf hatten sich die Kollegen der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffaktiengesellschaft zum großen Teile unserem Verbände angeschlossen. Dies gab der Direktion Veranlassung, das bekannte, in Nr. 42/1911 unseres Organs veröffentlichte Kulturbolument des 20. Jahrhunderts am schwarzen Brett der Firma anzuschlagen. Die Kollegen zogen es vor, das „göttliche Heim“ der Firma zu meiden, statt sich für 2,75 M. bis 3,50 M. Lohn pro Tag ihre unveräußerlichen Menschenrechte rauben zu lassen. Auf dem Kölner Eisenwerk gelang es unserem Verband seinen Tarif durchzuführen. In beiden Fällen haben die Kollegen den Wert der Organisation erkannt und dieselbe tatkräftig ausgebaut.

Wenn wir im ganzen die Tätigkeit der Verwaltungsstelle überblicken, können wir nicht nur mit unseren Fortschritten zufrieden sein, sie müssen uns auch zu gesteigerter Arbeitsfreudigkeit anspornen. Wir haben gezeigt, daß wir wohl im Stande sind, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Schöne Erfolge auf gewerkschaftlichem Gebiete sind erreicht, über 800 Mitglieder hat die Verwaltungsstelle zugenommen. Auch in diesem Jahre muß es vorwärts gehen. Wenn alle Kollegen ihre Pflicht tun, werden wir auch das Jahr 1912 zu unserer Zufriedenheit abschließen können. Darum an die Arbeit!

**Geisweid.** Am 4. Februar fand im Schäferschen Lokale unsere diesjährige Generalversammlung statt, deren Besuch gerade nicht besonders gut war. Da der bisherige Vorsitzende, Kollege Seiber, durch plötzlich eingetretene Umstände nicht erscheinen konnte, erstattete der Kollege Forwick den Jahresbericht. Diefem ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre eine rege Tätigkeit innerhalb der Ortsgruppe herrschte. Es wurden abgehalten 13 Mitglieder- 7 öffentliche, 23 Betriebsversammlungen und 17 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen. Der Versammlungsbesuch ließ manchmal viel zu

wünschen übrig und in dieser Hinsicht muß noch vieles besser werden. Die Mitgliederentwicklung war eine ziemlich günstige, konnten wir doch im Berichtsjahre unsere Zahl um circa 100 Prozent steigern. Diese Zahl kann uns aber lange nicht genügen. Ja, wenn man die Dinge in Betracht zieht, wie sie im vergangenen Jahre lagen, dann hätte die Zahl der Neugewonnenen doppelt so groß sein müssen. Dieses zeigt uns aber, daß es mancher Kollege an der nötigen Mitarbeit hat fehlen lassen. Der Kollege Forwick wies ferner darauf hin, daß das unbedingt besser werden müsse und daß sich alle Kollegen an der Versammlungen und an der Werbearbeit beteiligen müßten, wenn es weiterhin mit unserer Ortsgruppe vorwärts gehen soll. Aus dem vom Kollegen Ohrndorf erstatteten Kassenbericht ging hervor, daß unsere Ortsgruppe im vergangenen Jahre auch in finanzieller Beziehung gut vorangekommen ist.

Sodann nahm Kollege Gierk das Wort zu längeren Ausführungen über die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit. Er wies darauf hin, wie sich gleich zu Anfang des Jahres der Wunsch unter der Arbeiterschaft bemerkbar machte, dort, wo noch die 10 1/2stündige Arbeitszeit herrschte, an deren Stelle die 10stündige einzuführen. Von dieser Bewegung wurden auch einige Werke im Bereiche unserer Ortsgruppe erfaßt, und da waren es hauptsächlich die Siegener Verzinkerei-Werk-Ges. in Geisweid und die Firma Nehenbach sel. Söhne in Buschhütten, wo es den Anschein hatte, als ob die Bewegung ernstere Formen annehmen werde. Namentlich die Arbeiter der Siegener Verzinkerei schlossen sich in Scharen der Organisation an, aber der Firma gelang es, eine Anzahl Kollegen dem Verbände wieder abspenstig zu machen. Wir sehen daraus, daß die große Masse wohl einmal in Versammlungen begeistert werden kann, die Haupterfolge aber in unerwünschter Kleinarbeit liegen. Anders lagen die Dinge in Buschhütten. Dort traten die Kollegen gleich mit dem Entschluß in die Organisation ein, langsam und sicher dem Ziele entgegen zu arbeiten und der Erfolg blieb nicht aus. Seit dem 1. Januar ist die 10stündige Arbeitszeit eingeführt. Die Kollegen von Buschhütten dürfen nun in ihrer Agitation nicht nachlassen, dann werden sie in die Lage kommen, auch die übrigen Mühlstände zu befreien. Mit einem feurigen Appell zur Mitarbeit schloß Kollege Gierk seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurde anstelle des bisherigen 1. Vorsitzenden Kollegen Seiber, der aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden ist, der Kollege Forwick gewählt. Sonst wurden neu in den Vorstand gewählt die Kollegen Simon, Fleider, Bruch, Fett und Kusch. Dem Kollegen Seiber gebührt noch ganz besonderer Dank für die schwere Arbeit, die er im Interesse der Ortsgruppe geleistet hat, und hoffentlich steht er uns noch lange mit seinem Rat zur Seite.

Kollegen von Geisweid, wir sind im vergangenen Jahre wiederum einen guten Schritt vorwärts gekommen, aber mancher hat bis dahin nur seine „Rechte“ dem Verbände gegenüber gelammt. Das soll im neuen Jahre anders werden. Bis zum letzten Mann wollen wir uns an der Ausbreitung des Verbandes beteiligen. Das nächste Jahr muß uns einen Zuwachs von 200 Prozent bringen. Wollen wir dieses Ziel aber erreichen, dann bedarf es der Mithilfe eines jeden. Deshalb, Kollegen, faßt einmal alle mit an, dann wird es uns ein leichtes sein, das gesteckte Ziel nicht nur zu erreichen — sondern zu überschreiten.

**Willingen.** Unsere Generalversammlung am 3. Februar erfreute sich nicht gerade eines guten Besuches; da die Mehrzahl der Kollegen glauben, mit dem Bezahlen des Beitrages ihrer gewerkschaftlichen Pflicht genügt zu haben. Aus der Vorstandswahl gingen die alten Vorstandsmitglieder wieder einstimmig hervor. Nach dem Kassenbericht sind die Einnahmen etwas gestiegen 2167,05 M. (2014,90), jedoch auch die Ausgaben: 1149,83 M. (950,35).

Seit dem Mißerfolg der Lohnbewegungen der Uhrenarbeiter im Jahre 1906 und 07, der auf das Konto des roten „Arbeiterführers“ Vorhölzer zu buchen ist, hat sich unsere Ortsgruppe noch nicht erholt. Anstatt daß unsere Kollegen die Konsequenzen aus diesen Bewegungen gezogen und mit doppeltem Eifer an der Ausbreitung unseres Verbandes gearbeitet hätten, waren sie mißmutig und ließen den Kopf hängen. Die Früchte dieser sträflichen Gleichgültigkeit bekommen sie nun tagtäglich zu kosten; obwohl Hochkonjunktur ist, werden Abzüge gemacht. Die Mühlstände in den Betrieben häufen sich an und die Behandlung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die Fabrikanten wissen ihre Arbeiter eben einzuschüchtern.

Kollegen, wollt ihr noch länger in eurem Mißmut verharren und zusehen, wie eure Interessen mit Füßen getreten werden? Unsere Kollegen, die christlichen Bauhandwerker haben hier im letzten Jahre einen Tarif abgeschlossen auf 3 Jahre mit 6 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde. Was diesen möglich war, muß auch uns möglich sein. Darum: Auf, an die Arbeit!

**Hagen-Rabel.** Die Firma Vogel & Schemann in Rabel scheint der Auffassung zu sein, daß die Reduzierung der Akkordpreise eine ganz einträgliche Arbeit ist. Wiederholt waren wir darum schon gezwungen, uns mit dieser Firma zu beschäftigen. Einmal nimmt man die Schleifer, dann die Fräser usw. vor. Neuerdings bekamen die Arbeiter der Kleindreherei die Mitteilung, daß vom 16. Februar „andere Preise“ für die Spiralschneide gezahlt würden. Wie die „anderen Preise“ ausfallen, zeigte der hernach erfolgte Anschlag, wonach den Kollegen bis 20 Proz. weniger gezahlt werden sollte für alle Spiralschneide unter 30 Millimeter. Trotzdem die Kollegen gegen ein solches Vorgehen der Firma protestierten, war es nur möglich, den Abzug bis auf 8 Proz. zurückzuweisen. Leider mußte festgestellt werden, daß die Firma die „anderen Preise“ damit begründete, daß ein Dreher an zwei Mälen mehr geleistet habe, wie die übrigen Arbeiter an drei Mälen. Weil das letztere der Fall ist, haben die übrigen Kollegen nicht „sehe genug“ gearbeitet. Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter der Firma Vogel & Schemann durchaus keine Veranlassung haben zu „faulenz“, dafür sorgen schon die festgesetzten „höheren“ (?) Akkordpreise. Ungerecht ist es auch, weil ein Arbeiter tüchtig darauf los „adert“, die anderen dafür büßen zu lassen.

Aber so handelt man überall dort, wo die Arbeiter sich so häufig einig (!) sind wie bei Vogel & Schemann. Anstatt der Organisation beizutreten, wird allen möglichen und unmöglichen Sachen gebuhigt. Charakteristisch für die Auffassung verschiedener Arbeiter ist der Ausspruch eines Kollegen: „für den Verbandsbeitrag, weck mit leiver Schnaps kaufen.“ Ein anderer der tu's besser, der will nur „Zigaretten dafür rauchen“. Im Interesse der vorwärtsstrebenden Kollegen ist es zu bedauern, daß noch eine solche unverantwortliche Gleichgültigkeit herrscht. Die betr. Kollegen müssen doch selbst eingesehen haben, wohin die „Schnapspulve“ führt und geführt hat. Warum mußte im Laufe der Jahre so oft geschwiegen werden, wenn Maßnahmen

getroffen wurden, die alle Kollegen in Mitleidenschaft zogen. Die Firma weiß genau, wie es bei den Arbeitern beschaffen ist. Vielleicht kommt nächstens ein anderer Betrieb an die Reihe, wo dann auch „andere Preise“ gezahlt werden. Man schimpft dann, trinkt aus purer Wist „en Halben“ und ber Protest ist beendet. Wie sagte Herr Betriebsleiter Ungott doch mal: „Regt euch doch nicht so auf, in zwei Löhningen verdient ihr doch wieder so viel wie früher.“ Damals handelte es sich, wenn wir nicht irren, um einen Abzug in der Schleiferei. Die Firma weiß also: machen wir nur ruhig Abzüge, die Arbeiter „schubsen“ — was mehr und die Sache ist erledigt. Kollegen bei der Firma Vogel & Schemann! So kann es nicht weiter gehen. Raßt euch endlich auf. Tretet dem christlichen Metallarbeiterverband bei. Er wird dafür eintreten, daß auch in Rabel-Boele endlich gesunde Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden.

**Bocholt.** Unsere Generalversammlung, die am 11. Februar stattfand, war gut besucht. Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen der Hauptkasse à 60 Pfg. 1043,40 M., à 30 Pfg. 20,40 M., an Eintrittsmarken à 50 Pfg. 8.— M., an Delegiertenmarken 13,80 M., für Broschüren 3,50 M., und an Sammelgebern bei Streiks 9,30 M., zusammen 1098,40 Mark. Die Ausgaben der Verbandskasse betragen an Unterstützung bei Krankheit 154,50 M., bei Arbeitslosigkeit 9.— Mark. 15% der Wochenbeiträge an die Lokalkasse 159,57 M. und abgeführte Sammelgelber 9,30 M., in Summe also 332,37 Mark. In die Verbandskasse wurden abgeliefert 766,03 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 203,35 M., die Ausgaben 183,85 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug am 1. Januar 1912 29,50 M. An neu aufgenommenen Mitgliedern haben wir 16. an zugereisten 1 und aus andern Verbänden übergetretene 2 zu verzeichnen.

Nach dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden wurden Mitgliederversammlungen alle 14 Tage regelmäßig abgehalten, in denen sozialpolitische, gewerkschaftliche und technische Vorträge gehalten wurden. In Iffeldburg wurden 10 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen abgehalten. Hieran schritt die Versammlung zur Vorstandswahl. Der Vorsitzende und Kassierer wurden wiedergewählt. Kollege Poscher wurde zum 2. Vorsitzenden und Kollege Janzen an seiner Stelle zum Schriftführer gewählt. Als Vertrauensmann wurde der Kollege Wanner neu und die bisherigen Vertrauensmänner wiedergewählt. Hieran fanden die Wahlen der Delegierten zu den einzelnen Kommissionen statt. Nachdem dieses geschehen, ermahnte der Vorsitzende sämtliche Kollegen zur treuen Mitarbeit im neuen Jahre und machte bekannt, daß auch in der Folge in den Mitgliederversammlungen immer wichtige und lehrreiche Vorträge gehalten würden.

**Schaltsmühle a. d. Volme.** Zum erstenmal fand im Vollmetal am 25. Februar eine öffentliche Versammlung, einberufen vom christlichen Metallarbeiterverband, statt. Welche Bedeutung dieser Versammlung beigelegt wurde, bewies der gute Besuch und auch das Erscheinen der Gegner, welche vertreten waren durch den demokratischen Parteisekretär Orłowski-Netmathe und den Beamten des „freien“ Metallarbeiterverbandes Ernst-Hagen. Das Referat hatte der Kollege Kreis-Dortmund übernommen. Dieser behandelte die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Staat und Unternehmertum. Einleitend gab Kreis einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Industrie in Deutschland. „Millionen von Menschen haben“ wies in ihre Dienste gezwungen. Es sei ein natürlicher Vorgang, daß Arbeiterorganisationen entstanden, um mit vereinter Kraft den entsprechenden Einfluß bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewinnen zu können. „Die christlichen Gewerkschaften stehen auf nationalem Boden“, führte Kreis sodann aus, „ganz im Gegensatz zu den sogenannten „freien“ Gewerkschaften, deren Ziel ist, die heutige Gesellschaftsordnung zu stürzen. Den Klassenkampf lehnen die christlichen Gewerkschaften ab, sie betrachten den Arbeiterstand als ein Glied im Volksganzen. Ebenso wie in der Stellung zum Staat unterscheiden sich die christlichen Gewerkschaften wesentlich von den „freien“ auch in ihrer Stellung zum Unternehmertum. Die Funktion des Unternehmers ist von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Es sei unrichtig, hier nur vom „Ausbeuter“ zu reden. Ohne ein tatkräftiges Unternehmertum keine gesunder Existenzbedingungen für den Arbeiterstand. Die christlichen Gewerkschaften erkennen dabei durchaus nicht, daß unter allen Umständen die Anerkennung des Arbeiters vom Unternehmer verlangt werden muß. Wo diese verweigert wird, werden sie sie erkämpfen und gegebenenfalls auch das letzte Mittel, den Streik, anwenden. Den Appell an die Antwesenden, zahlreich dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten, folgten hernach eine ganze Anzahl Kollegen.

Interessant war die Diskussion, bei der — das sei vorweg bemerkt — Herr Orłowski sich glänzend blamierte. Zunächst bedauerte dieser Herr, daß es noch immer nicht möglich gewesen sei, eine einheitliche Bewegung zu schaffen. Hier müßten die Arbeiter Remedur schaffen, auch wenn die Verbandsleitungen nicht wollten. Er müsse dann betonen, daß die Gewerkschaften politisch und religiös neutral sein müßten. Die christlichen Gewerkschaften könne er nicht empfehlen, weil sie keine Stellung genommen haben gegen die Parteien, die zu bekämpfen — Herr Orłowski als Parteisekretär sich zur Aufgabe gestellt habe. Darum sollten die Arbeiter den Einschuß-Unterschieden Gewerkschaften beitreten, denen er angehöre. Ein verständnisvolles Lächeln war bei Schluß der Orłowskischen Ausführungen bei den Antwesenden zu beobachten.

Nach D. folgte Herr Ernst vom „freien“ Metallarbeiterverband in Hagen. Ernst war so offen und erklärte sofort er wolle nicht — heucheln. Darum beschränkte er sich denn darauf, die Grundsätze der Sozialdemokratie und der „freien“ Gewerkschaften zu verteidigen. Die Beschimpfung der Religion, bzw. des Christentums, lehnen die Sozialdemokraten ab. Nur wenn die Sozialdemokratie angegriffen werde, wehre man sich. Die antichristlichen Anschauungen, wie sie in vielen „freien“ Gewerkschaftsorganen vertreten werden, rühren nach Ernst nur daher, weil die betr. Schriftleiter auf „darwinistischem Boden“ stehen. Ernst selbst will als „ehemaliger Katholik“, wie er besonders hervorhob, für die „Rückkehr zum Christentum“, d. h. zum Urchristentum eintreten. Daß die „freien“ Gewerkschaften die Sozialdemokratie als ihre Partei betrachten, gab Ernst ohne weiteres zu. Offen bekannte sich Ernst zum antimornarchischen Prinzip.

Kollege Mef als folgender Redner wies dem Herrn Orłowski zunächst nach, wie inkonsequent er, D., in seinen Darlegungen gewesen sei. Mef konnte auch nachweisen, daß Orłowski manches behauptet hatte, was garnicht den Tatsachen entsprach. Seiner Berwunderung gab Kollege Mef sodann Ausdruck, daß Herr Ernst heute einen ganz anderen Ton anschlage, wie er ihn sonst beliebte, wenn es gegen den christlichen Verband gehe. Ob Herr Ernst sich nun wirklich bessern will, muß abgewartet werden. Hoffen wir das Beste. Die Ausführungen, welche Ernst gemacht hatte, um die „Neutralität“ der

